



# Öffentliche Daseinsvorsorge braucht öffentliches Eigentum

Reader zur Kommunalpolitischen Konferenz  
am 28. April 2007 im Deutschen Bundestag

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G



Der seit über zwei Jahrzehnten anhaltende, fast besinnungslose Siegeszug der neoliberalen Ökonomie hat über weite Strecken den Staat delegitimiert und mit ihm die Demokratie. Im Gegenzug wurde das Bild eines Werte schaffenden, die Menschheit aus dem Elend (und der Versklavung durch die staatliche Bürokratie) befreienden Marktes aufgebaut. Die weltweit in zahllosen Varianten stattfindende Privatisierung ist ein Teil dieses Trends.

Ernst Ulrich von Weizsäcker („Grenzen der Privatisierung“. 2006)



# Inhalt

<b>Begrüßung und Einführung</b> Katrin Kunert	<b>5</b>
<b>Privatisierungen in Bremen – Konsequenzen und Alternativen</b> Klaus-Rainer Rupp	<b>7</b>
<b>Privatisierungen und Folgen am Beispiel der Bremer Kliniken</b> Peter Erlanson	<b>9</b>
<b>Demokratie, Daseinsvorsorge, öffentliches Eigentum</b> Dr. Rolf Prigge	<b>12</b>
<b>Rekommunalisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge</b> Robert Kösling	<b>17</b>
<b>Alternativen zum Ausverkauf von städtischen Wohnungsbaugesellschaften – das Beispiel Pinneberg</b> Claus-Peter Matetzki	<b>24</b>
<b>Kernaussagen aus der Diskussion</b>	<b>25</b>
<b>Anhang</b>	<b>27</b>
<b>Beispiele aus der Praxis</b>	<b>33</b>
<b>Bürgerbegehren gegen Privatisierungen</b>	<b>36</b>



# Einführungsbeitrag

Katrin Kunert

Ich hörte dieser Tage von einer Umfrage, dass nur zwei bis drei Prozent der Bürgerinnen und Bürger etwas mit dem Begriff „Öffentliche Daseinsvorsorge“ anzufangen wissen. Das mag sein. Meine Wahrnehmung ist aber, dass ganz viele Menschen von ihrer Gemeinde, von ihrer Stadt, von ihrem Landkreis eine Grundversorgung erwarten. Auf die Verlass ist, die allen zugänglich und preiswert ist. Dazu gehören ganz an der Spitze Wasser, eine funktionierende Abwasser- und Abfallentsorgung, Strom, Gas, Wohnen, Öffentlicher Personennahverkehr bis zu kulturellen, sportlichen und sozialen Angeboten. Und genau das ist öffentliche Daseinsvorsorge!

Jede Bürgerin, jeder Bürger hat ein Recht darauf, diese Leistungen in Anspruch nehmen zu können, wenn man ein demokratisches und solidarisches Gemeinwesen will.

Natürlich ändern sich die Bedürfnisse und Interessen in einer Gesellschaft ebenso wie politische Konstellationen oder die Organisation der Leistungserbringung. Insofern unterliegt die öffentliche Daseinsvorsorge einem ständigen Wandel. Hatte in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg der Wohnungsbau oberste Priorität, kann es morgen das Breitbandnetz im ländlichen Raum sein. Kommunale Krankenhäuser waren früher ausnahmslos Regie- oder Eigenbetriebe der kommunalen Verwaltung, das Amt 54. Heute werden viele als selbstständiges Wirtschaftsunternehmen geführt – oder sollen gar privatisiert werden.

DIE LINKE. steht in konsequenter Opposition zur Privatisierungspolitik und bemüht sich, Widerstand gegen drohende Privatisierungen zu motivieren und zu unterstützen.

Besonders im Visier der von der EU-Kommission, der Bundesregierung und den meisten Länderregierungen getragenen Privatisierungspolitik stehen derzeit Wasser und Abwasser. Wir meinen: Da gibt es nichts zu experimentieren, Trinkwasser ist für jeden Menschen ein unverzichtbares Lebensgut Also, Hände weg davon! Machen wir es der österreichischen Hauptstadt Wien nach: Sie hat als erste Großstadt der Welt die Wasserversorgung unter den Schutz ihrer Verfassung gestellt.

Wenn ein privater Handy-Anbieter ausfällt, sucht man sich auf dem überquellenden Provider-Markt einfach einen neuen. Doch auf welchen Markt gehen die Bürgerinnen und Bürger, wenn vier Tage lang die Abwasserentsorgung ausfällt?

Ich bin mir da sehr sicher: Auf den Marktplatz, vors Rathaus gehen sie. Denn die Kommune muss die Ausfallhaftung übernehmen, wenn beim privaten Betreiber etwas schief geht. Ich kann deshalb Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker gut ver-

stehen, wenn sie schon deshalb gegen Privatisierung sind, weil sie keine Lust haben, in ihrem Rathaus ein Reklamationsbüro für Fehlleistungen privater Firmen einzurichten. Oder, was noch schlimmer ist, auf Kosten der Rathauskasse für die Entsorgung von Altlasten aufkommen müssen, die von in Konkurs gegangenen Privatunternehmen hinterlassen werden. Ich glaube, jede und jeder hier im Saal hat schon von stinkenden Abfallhalden oder überquellenden Reifendepots gehört, die auf einmal keinen Besitzer mehr hatten. Selbst wenn sie illegal „heiß“ entsorgt werden, müssen die Kommunen die Feuerwehrkosten berappen.

Übrigens: Die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts betrachtet die Energie- und Wasserversorgung als Kernbereich der Daseinsvorsorge. Mit diesem Argument erfolgte auch die Rückübertragung der Stadtwerke auf Kommunen in den neuen Bundesländern Anfang der 1990er Jahre.

Nur öffentliche Unternehmen, öffentliches Eigentum bieten die Chance einer demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung durch Bürgerinnen und Bürger. Hier gilt als Grundsatz: Orientierung am Allgemeinwohl anstatt Profitmaximierung. Die Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften und GmbHs hingegen tagen nicht öffentlich, sie sind deutlich entpolitisiert und zwingend auf die Interessen des Unternehmens ausgerichtet, dessen Sitz irgendwo in Deutschland oder in der weiten Welt sein mag. Entscheidungen fallen hier in der Regel unabhängig von der Gremienvielfalt der Städte und Kreise.

Die Betroffenheit der Bürgerinnen und Bürger muss Maßstab sein, nicht das Geschäftsinteresse eines Konzerns. Es kann auch nicht der Weißheit letzter Schluss sein, dass im Interesse einer effizienten Dienstleistungserbringung Lohnkürzungen für Angestellte verfügt werden, Personal entlassen wird.

Und es ist doch eine politische Entscheidung, ob ich die Mobilitätsansprüche der Bürgerinnen und Bürger erfüllen will. Buslinien in der Fläche oder am Stadtrand von Großstädten rechnen sich wahrlich nicht. Doch die Zustimmung der Menschen dazu ist groß.

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist ein Wirtschaftsfaktor. Allein die im Verband kommunaler Unternehmen (VKU) zusammengeschlossenen über 1 400 Betriebe in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung und Umweltschutz haben 247 000 Beschäftigte und rund 64 Milliarden Euro Umsatz im Jahr. Sie sorgen für Arbeitsplätze, Einkommen, Umsatz und Investitionen in der Region. Das örtliche Handwerk weiß, niemand ist so stark wie Rat und Stadtverwaltung daran interessiert, die heimischen Betriebe mit Aufträgen auszulasten. Die Kommunen sind nach wie vor der Hauptauftraggeber der örtlichen Wirtschaft. Kommunale Unternehmen sind wie die

kommunalen Sparkassen die erste Adresse, wenn Vereine, Verbände, örtliche Festivals usw. Sponsoren suchen.

Wenn öffentliche Daseinsvorsorge als für alle wichtig anerkannt wird, ist es notwendig, gemeinsam dafür zu kämpfen. Genau das ist das Anliegen unserer Konferenz. Wir wollen Argumente austauschen, zum Nachdenken anregen, Alternativen zur Privatisierung finden. Wir wollen Verbündete ansprechen, neue gewinnen. Bürgerinitiativen, Genossenschaften, Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden.

Unsere Konferenz „Öffentliche Daseinsvorsorge braucht öffentliches Eigentum“ ist eröffnet.



# Privatisierungen in Bremen – Konsequenzen und Alternativen

Klaus-Rainer Rupp

In Bremen ist die Krankenhausversorgung in einer vergleichsweise klassischen Situation. Wir haben vier Kliniken, die sich auf ganz Bremen verteilen. Sie haben eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Erst waren sie Eigenbetriebe der Stadt, dann wurden sie umgewandelt in eine gGmbH. Die Eigenständigkeit führte dazu, dass diese vier Krankenhäuser untereinander in Konkurrenz um die Patienten traten. Dieser Prozess wurde noch verstärkt durch die Einführung eines Berechnungssystems, genannt DRG (Diagnosis Related Groups). DRG – deutsch diagnosebezogene Fallgruppen – bezeichnen ein ökonomisch-medizinisches Klassifikationssystem. Patienten werden anhand ihrer Diagnosen und der durchgeführten Behandlungen in Fallgruppen klassifiziert. Diese wiederum sind nach dem für die Behandlung erforderlichen ökonomischen Aufwand unterteilt und bewertet.

Hinzu kam, dass die Kliniken meinten, sie seien unrentabel, was auch tatsächlich der Fall war. Und es gab und gibt einen Investitionsstau bei den Kliniken. Die Stadt Bremen hat nicht in sie investiert, weil sie meinte, zu wenig Geld zu haben. In den vergangenen zwölf Jahren aber hat die Stadt Bremen Investitionen in Höhe von 6 bis 7 Milliarden Euro getätigt. Das waren vor allem Investitionen für Großprojekte, die von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt nicht gebraucht wurden.

Aktuell ist in einem Krankenhaus ein Investitionsstau in Höhe von 200 Millionen Euro entstanden. Die Investition soll nun über ein PPP-Projekt erfolgen. Das aber ist nicht mehr so ohne weiteres möglich. Es scheint, dass Politik in Bremen in dieser Frage vorsichtig geworden ist. Die Erfahrungen mit Public Private Partnership (PPP) sind nicht die besten. Hinzu kommt, dass das Interesse privater Investoren ebenfalls nicht allzu groß ist. Das Klima in der Stadt ist so, dass Politik nicht mehr einfach Verträge, die zu Lasten der Stadt gehen, abschließen kann.

DIE LINKE in Bremen vertritt die Auffassung, dass aus den vier Kliniken ein Krankenhausverbund entstehen muss. Er bietet die Möglichkeit, Verluste untereinander auszugleichen. Ein PPP-Projekt lehnen wir ab. Kommunale Kredite von 200 Millionen Euro sind für die Stadt preiswerter als irgendein Vertrag mit einem Privaten. Er ist nur darauf aus, eine Rendite von mindestens 10 Prozent zu erzielen. Wir wollen, dass die Beschäftigten in den Kliniken nach Tarif bezahlt werden. Wir wollen, dass die kommunale Trägerschaft der Krankenhäuser erhalten bleibt.

Sicherlich müssen die Kliniken in der Perspektive gewissen ökonomischen Ansprüchen genügen. Aber die ökonomischen Faktoren dürfen nicht überwiegen. Vor allem müssen sie eine von der Ökonomie unabhängige Gesundheitsversorgung für die Bürgerinnen und Bürger sicherstellen. Das ist ihre vorrangige Aufgabe.

Das muss das Anliegen sein, wenn es um den Erhalt der Krankenhäuser in öffentlicher Hand geht. Diese Art von Daseinsvorsorge ist ein Menschenrecht. Und wenn sie sich nicht selber trägt, dann muss die Gesundheitsversorgung anders finanziert werden.

Mit der Frage der Privatisierung der Krankenhäuser hat die LINKE einen guten Aufhänger, um die Fragen der Privatisierung in Bremen grundsätzlich diskutieren zu können. Bremen hat in der Vergangenheit die Stadtwerke privatisiert. Heute bereut man diesen Schritt. Der Stadt fehlen dadurch Einnahmen. Ganze Wohnungsbaugesellschaften wurden verkauft. Die Bremische Wohnungsbaugesellschaft ist inzwischen beim dritten Investor gelandet.

Bremen ist unverschuldet in eine Haushaltsnotlage geraten. Die Stadt musste einerseits investieren und andererseits bei den öffentlichen Ausgaben sparen. Sie hatte sich verpflichtet, die konsumtiven Ausgaben jährlich um nur 3,5 Prozent zu erhöhen. Wie ist die Bilanz: Die große Koalition in Bremen hat es geschafft, dieses Level weit zu unterschreiten. Die konsumtiven Ausgaben wurden freiwillig um nur 1 bis 1,5 Prozent jährlich erhöht, und investiert wurden pro Jahr nur 500 bis 600 Millionen Euro. Wobei diese Summe vor allem in Großprojekte geflossen ist, die heute als Investruinen in der Stadt stehen. So zum Beispiel der Spacepark, der die Stadt 200.000 Euro gekostet hat. Im öffentlichen Dienst wurden 3.000 Beschäftigte entlassen. Eine private Universität wurde gegründet und über private Schulen diskutiert. Inzwischen ist die Privatisierung nicht profitabler Bereiche der Daseinsvorsorge in den Fokus der Debatte geraten.

In Bremen gibt es auf einmal eine breite Diskussion über das Ehrenamt. Eine ganze Reihe von Aufgaben der Daseinsvorsorge wird durch Ehrenamtliche erledigt, so im Kita- und Schulbereich. Diese Form der Privatisierung ist tief ins Alltagsbewusstsein der Menschen eingesickert.

Wir tun gut daran, wenn wir uns Projekte der Privatisierung und deren Folgen genau ansehen. Wir wollen nicht zurück zu staatlichen verkrusteten Apparaten. Das wäre sicherlich der falsche Weg. Wir wollen, dass durch neue Formen der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern öffentliche Unternehmen so organisiert werden, dass sie nicht wieder zurückfallen in bürokratische Apparate. Öffentliche Unternehmen und Einrichtungen müssen wirklich öffentlich und kontrollierbar sein.

Und ich glaube, dass wir anhand von Einzelbeispielen gegen Privatisierung kämpfen sollten. Dann haben wir gute Chancen, neoliberale Politik im Alltag zu diskutieren. Einzelbeispiele deshalb, weil hier deutlich wird, dass der neoliberale Alltag bei den Bürgerinnen und Bürgern angekommen ist. Sie sind gezwungen, sich

alles für viel Geld zu erkaufen. Ich meine, wenn wir uns mit der Privatisierung der Daseinsvorsorge strategisch beschäftigen, haben wir ein wichtiges Politikfeld, auf dem wir viel gewinnen können. Das ist auch für Kommunalpolitik ein guter Ansatz, weil dort die Entscheidungsbefugnis liegt, ob privatisiert werden soll oder nicht.

# Privatisierungen von Krankenhäusern in Bremen – Konsequenzen und Alternativen

Peter Erlanson\*

## Krankenhausprivatisierung und „Gesundheitsmarkt“ in Deutschland

Das Szenario kann erschrecken: Von 1 043 Kliniken in öffentlicher Trägerschaft im Jahr 1990 verblieben im Jahr 2005 noch 690, ein weiterer Rückgang auf 225 im Jahr 2020 wird von Beratungsfirmen wie Arthur Andersen und Ernst & Young prognostiziert. Private Gesundheitskonzerne und Finanzinvestoren aus dem In- und Ausland wollen sich bei öffentlichen Krankenhäusern einkaufen.

Dieser Prozess begann Mitte der 1980er Jahre schleichend. Erst wurden Reinigung, Wäscherei oder Pflege der Außenanlagen ausgelagert. Dann erfolgte die Fremdvergabe von medizinischen Sekundärleistungen wie Labor, Röntgen, Blutbank.

1993 begann die Entstehung privater Klinikketten. Ausgangspunkt war die Ablösung des Selbstkostendeckungsprinzips mit der gleichzeitig durch den Staat eingeräumten Möglichkeit, Gewinne erzielen zu können. Auch die Umstellung der Abrechnungen zur Vergütung der einzelnen Krankenhaushfälle von tagesgleichen Pflegesätzen auf Fallpauschalen ab 2003 durch das DRG-System stärkte die privaten Krankenträger. Zur Erklärung für Außenstehende: Gemeint sind Diagnosis Related Groups, kurz DRG, deutsch: Diagnosebezogene Fallgruppen.

Die Auslagerung kommunaler Krankenhäuser aus der kommunalen Verwaltungsstruktur durch GmbH-Gründungen oder zumindest durch verselbstständigte Eigenbetriebe ist heute fast flächendeckend erfolgt.

Auffallend ist die starke Präsenz privater Kliniken in Ostdeutschland. Das ist kein Zufall, sondern wurde staatlich gefördert durch eine vergleichsweise hohe öffentliche Investitionsfinanzierung, die erst durch den Solidarpakt Ost möglich wurde.

Der Markt für Gesundheitsdienstleistungen wächst rasant. Derzeit werden hier 234 Milliarden Umsatz gemacht, davon ca. 60 Milliarden im Krankenhausbereich. Bis 2020 wird ein Wachstum für Gesundheitsdienstleistungen um 74 Prozent auf ca. 453 Milliarden erwartet.

Einer der Gründe: Mit der demografischen Entwicklung wächst die Zahl der Erkrankten jährlich um etwa 400 000 Menschen. Damit steigt der Bedarf an Behandlungszentren, beispielsweise zur besseren und schonenden Behandlung tief liegender Tumore.

## Klinikskandal in Bremen und Privatisierungsabsichten des Senats

Was eine neoliberal orientierte Gesundheitspolitik anrichtet, lässt sich ungeschminkt an der desolaten

Situation der vier kommunalen Krankenhäuser in Bremen ablesen.

Beispiel Klinikskandal: Im Klinikum Bremen-Ost wurden durch einen Geschäftsführer – an allen Gremien vorbei – Gutachten für über 1,8 Millionen Euro in Auftrag gegeben. Schriftliche Verträge darüber gab es kaum, auch keine Ergebnisse. Fürstliche Summen sind aber trotzdem geflossen. Außerdem gab es – ohne Rückkopplung mit den zuständigen Stellen – eine Geschäftsbesorgungsvereinbarung mit einer privaten Klinik in Rastede zur Rehabilitation von Patienten aus dem Klinikum Bremen-Ost. Die AOK stellte schließlich fest, dass ihr die Qualität der Privatklinik nicht genügt – einen Vertrag gab es deshalb nicht. Auf den entstandenen Kosten in Höhe mehrerer Hunderttausend Euro blieb Bremen-Ost weitgehend sitzen.

Für diese fatale Entwicklung trägt allein die Große Koalition Bremens die politische Verantwortung. Und eine Senatorin, die durch ihre verfehlte Personal- und Unternehmenspolitik die Krise noch verschärft hat.

Aktuell will der noch regierende Bremer Senat in den nächsten zwei Jahren 900 Vollstellen in den öffentlichen Krankenhäusern streichen. Das betrifft – Teilleistungskräfte eingerechnet – 1 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie sollen bluten für die Finanzierung ehrgeiziger Bauprojekte, vor allem im Klinikum Mitte. Bei einer Privatisierung aller Kliniken sind viele der 8 000 Arbeitsplätze in Gefahr.

Durch ein so genanntes Public Private Partnership-Modell soll im Rahmen einer schleichenden Teilprivatisierung ein privater Investor gefunden werden. Dabei ist eine erneute Rechtsformänderung der vier kommunalen Kliniken vom Eigenbetrieb zur GmbH bzw. gGmbH bis hin zur totalen materiellen Privatisierung im Gespräch.

Ob damit allerdings tatsächlich die Finanzierung aller Kliniken gesichert ist und ob mit so viel weniger Personal wenigstens die bisherigen Qualitätsstandards gehalten werden können, scheint mehr als fraglich.

## Die Geschäftspraktiken der Privaten

Als Gesamtbetriebsrat im Klinikum Links der Weser in Bremen bin ich der festen Überzeugung: Für die Privatisierung öffentlicher Krankenhäuser gibt es keinen Grund. Gewinner einer Privatisierung wären weder die Patienten noch die Beschäftigten. Nur private Kliniken-Ketten wie Fresenius AG, Rhön-Kliniken oder Beteiligungsgesellschaften wie Apax und Nordic Capital würden ordentlich absahnen. Sie sind es, die seit Jahren gebetsmühlenhaft verkünden, dass die kommunalen Krankenhäuser vor dem Aus stünden. Private Krankenhäuser hingegen seien kostengünstiger und patientenorientierter.

Machen wir doch die Probe aufs Exempel: Primärer Zweck privater Krankenhausunternehmungen ist das Streben nach Gewinnerzielung. Investitionsentscheidungen trifft ein Privater nach der Höhe der möglichen Rendite. Es wird wohl kein PPP-Projekt geben, bei dem die öffentliche Hand unterm Strich nicht mehr zahlt als bei einer eigenen Investition. Ganz abgesehen davon, dass man von Glück sprechen kann, wenn der private Partner am Ende der üblichen PPP-Vertragslaufzeit von 15 bis 30 Jahren überhaupt noch auf dem Markt ist. In dieser Zeit verbleiben die medizinischen Leistungen als Pflichtaufgabe beim Krankenhausträger. Er trägt das Marktrisiko für den medizinischen Betrieb. Der private Betreiber übernimmt das Verfügbarkeitsrisiko für den nicht-medizinischen Betrieb – wenn er nicht schon längst Konkurs ist.

Private Betreiber picken sich mit lukrativen Behandlungen schon heute die Rosinen aus, um mit eher kleinen Spezialkliniken möglichst schnell großes Geld zu verdienen. Beispiel: Nur eine Handvoll Befunde machen rund 50 Prozent des gesamten Behandlungsgeschehens in Privatkliniken aus. Das sind Entbindung, Herzinfarkt, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Rheuma, Erkrankungen des Bewegungssystems und psychische Erkrankungen.

Den Rentabilitätsinteressen Privater entgegen stehen die Behandlung häufig stigmatisierter Patientengruppen wie zum Beispiel AIDS-Kranker und letztlich alle Erkrankungen, die im bereits genannten DRG-Fallpauschalenkatalog nicht ausreichend abgebildet sind.

Kommunale Kliniken hingegen können aufgrund ihres Sicherstellungsauftrags keine Auslese betreiben. Weil sie für die Grundversorgung der Bevölkerung eintreten müssen (und wollen!), haben sie doch eine deutlich größere Anzahl schwerer und teurer Fälle als die privaten Häuser. In Zahlen: Größere Krankenhäuser, das sind in der Regel öffentliche Einrichtungen, haben durchschnittlich Fallkosten von 4.187 Euro, die Privaten aber nur von 3.306 Euro.

Richtig gemeinwohlgefährlich kann es werden, wenn bei dieser Rosinenpickerei die öffentlichen Krankenhäuser in die roten Zahlen gedrängt werden. Kein Privatunternehmer wird auf Dauer Leistungen vorhalten, die sich in der Summe nicht rechnen. Beispielsweise Infrastrukturen für Notfälle und den Katastrophenschutz wie Isolierstationen oder spezielle Medikamenten- und Katastrophensets. Ein Privater wird kein Krankenhaus betreiben, nur um eine flächendeckende, wohnortnahe Versorgung zu gewährleisten. Unter dem Aspekt der Rentabilität kommt ebenso wenig eine nicht kostendeckende Ausbildung von Pflegekräften in Frage.

Eine weitere Ursache für eine vorgeblich höhere Effizienz der privaten Häuser sind deutlich niedrigere Personalkosten als in den kommunalen Krankenhäusern. Erstaunlicherweise hat sich ver.di auf Haustarife eingelassen, die unterhalb des früheren BAT-Niveaus

liegen. Und der Marburger Bund, der Verband der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte, hat die Privaten bisher geschont.

Außerdem geben die Privaten ihrem Personal Kennziffern vor, die aus internen Benchmarks gewonnen wurden und an die sich jeder mit einer Berichtspflicht pro Quartal zu halten hat. Diese knallharten Standards führen zu höherer Arbeitsverdichtung als in kommunalen Häusern. Laut der Unternehmens- und Strategieberatung McKinsey kommen bei Privaten auf eine ärztliche Vollkraft 182 Fälle, während es in kommunalen Häusern durchschnittlich nur etwa 130 Fälle sind.

Im profitorientierten Weltbild des Neoliberalismus sind die Beschäftigten der Krankenhäuser eben nur Kostenfaktoren, die es zu reduzieren gilt. Und da gibt es wohl aus „kaufmännischer Sicht“ – wie es so schön heißt – bei 1,1 Millionen Arbeitsplätzen in den deutschen Krankenhäusern noch einiges wegzukürzen.

Die Patientinnen wiederum sind pure Kostenträger für die Krankenhausmanager. Sie sehen in Patienten lediglich Kunden, mit denen sich „Erlössteigerungen generieren lassen“, wie es im neoliberalen Jargon heißt.

Eine Zweiklassenmedizin und privatisierte Krankenhausketten lehnt DIE LINKE. entschieden ab. Wir wollen ein flächendeckendes, leistungsfähiges und humanes Gesundheitswesen auf dem neusten Stand des medizinischen Fortschritts für alle. Die Gesellschaft muss sich entscheiden, ob sie bereit ist, die Kosten dafür zu tragen. Das ist – wie bei allen Feldern der öffentlichen Daseinsvorsorge – eine politische Frage.

### **Daseinsvorsorge, Finanzierung und Investitionsstau**

Krankenhäuser als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge kamen mit der massenhaften Industrialisierung und der damit verbundenen Wohnweise der Arbeiterinnen und Arbeiter in Massenquartieren auf. Sie ergänzten das Angebot kirchlicher Träger. Heute ist eine ausreichende Krankenhausversorgung Bestandteil der staatlichen Verpflichtung zur Daseinsvorsorge, die sich aus dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes (Art 20 Abs 1. 28 Abs. 1) ableitet.

Folgerichtig enthalten deshalb das Krankenhausfinanzierungsgesetz des Bundes und alle Krankenhausgesetze der Länder die Bestimmung, dass die Krankenkassen die Betriebskosten und der Staat (insbesondere die Länder) die Investitionsfinanzierung zu sichern haben.

Doch in der Praxis kürzen die Bundesländer die ohnehin schon unzureichenden Investitionsmittel für die Krankenhäuser seit Jahren zusammen. Sie sind allein in der Zeit von 1994 bis 2004 real um sage und

schreibe 32 Prozent gefallen. Der RWI-Krankenhaus-Rating-Report 2006 geht davon aus, dass sie auch in Zukunft real um fünf Prozent jährlich sinken werden. Auch Bremen ist da überhaupt keine Ausnahme.

Der Investitionsstau in den kommunalen Krankenhäusern beträgt heute 30 bis 50 Milliarden Euro. Das Geld wird gebraucht für moderne Diagnostik-, Radiologie- und Anästhesiezentren, für IT-Infrastruktur, Logistik- und Gerätezentren und die Großgerätemedizin. Auch befinden sich viele kommunale Häuser, die teils aus dem vorletzten Jahrhundert, teils aus den Aufbaujahren der Bundesrepublik stammen, in einer beklagenswerten Bausubstanz. Eine Modernisierung der Heizsysteme ist nötig, die Zusammenlegung von Klinikstandorten (die vorherrschende Pavillonbauweise und verstreut im Stadtgebiet liegende Häuser erschweren den Aufbau einer integrierten Versorgung). Geld wird selbst für Parkplätze gebraucht, die früher nicht zum Maßstab für ein Krankenhaus gehörten, von Patientenhôtels ganz zu schweigen.

Die finanzielle Schieflage der öffentlichen Träger tut ein Übriges zur Existenzgefährdung für kommunale Kliniken.

### **Konsequenzen und Alternativen**

Wofür müsste Krankenhauspolitik heute in Bremen und in der ganzen Republik eigentlich sorgen? Sie muss dafür sorgen, dass sich der Staat nicht schleichend aus seiner Verantwortung stiehlt. Mehr noch, das Fördersystem ist insgesamt unzureichend. Sonderprogramme für strukturell notwendige Großbaumaßnahmen sind nötig, ebenso eine Erhöhung der Gesamtförderung.

Einen weiteren – leider auch in Bremen noch viel zu gering genutzten Lösungsansatz – bieten meiner Meinung nach regionale Vernetzungen und Verbundstrukturen. Die Zukunft der Krankenhäuser liegt in Kooperationen und Fusionen aller Art, um sektorenübergreifende und interdisziplinär arbeitende Versorgungsformen „aus einem Guss“ zu ermöglichen.

Dazu gehört auch die Organisation eines hausübergreifenden Wissenstransfers und des zentralen Einkaufs von Produkten und Geräten. Seit 1998 gibt es bereits die Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Krankenhäuser eG im Deutschen Städtetag. Inzwischen sind es 53 Krankenhäuser, die deutlich über 40 000 Betten repräsentieren und die mit einem Einkaufsvolumen von mehr als 400 Millionen Euro eine Nachfragemacht bündeln, die der der Privaten durchaus vergleichbar ist.

Langfristige strategische Planungen zur Sicherung der Versorgung durch Erreichbarkeits- und Strukturkriterien sowie die Bestimmung unverzichtbarer Standorte sind im modernen Krankenhaussektor unverzichtbar, aber leider kaum verbreitet.

\*Wegen einer Erkrankung konnte Peter Erlanson nicht persönlich auf der Konferenz sprechen, dankenswerterweise hat er uns sein Manuskript zur Verfügung gestellt.

Aus der politisch brisanten Situation der vier Bremer Kliniken ergeben sich für DIE LINKE. folgende kurz- bis langfristigen Forderungen:

Erhalt aller vier kommunalen Standorte Bremen Ost, Bremen Mitte, Links der Weser und Bremen Nord.

Keine Privatisierung von ganzen Kliniken, kein Outsourcing von Teilbereichen, auch keine schleichende Privatisierung durch PPP-Modelle.

Erfüllung der Investitionspflicht der Freien Hansestadt Bremen nach dem Krankenhaus-Finanzierungsgesetz in den Kliniken.

Erhalt der Tarifbindung zum Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst und der des Überleitungs-Tarifvertrages vom 1. Januar 2004.

Kein Aufbürden der vor 1987 entstandenen Pensionsverpflichtungen von der Freien Hansestadt Bremen auf die Kliniken.

Stärkung der Aufsichtsräte durch Anwendung der Bestimmungen aus dem Aktiengesetz.

Ausbau der kommunalen Trägerschaft der vier Krankenhäuser zum Taktgeber in Sachen Qualität und egalitärer Versorgung in der Gesundheitswirtschaft der Region.

DIE LINKE. sagt klipp und klar: Gesundheit ist keine Ware. Beschäftigte sind keine Kostenfaktoren und Patienten keine Kostenträger. Der Gesundheitsbereich ist für uns kein Markt, sondern ein sozialstaatliches Feld der Daseinsvorsorge.



# Die Krise der Stadtpolitik – Demokratie, Daseinsvorsorge und politische Steuerung. Thesen

Rolf Prigge

## 1. Perspektiven der vergleichenden Politik- und Städteforschung

Die vergleichende Politik- und Städteforschung, wie ich sie zusammen mit meinem Kollegen Thomas Schwarzer vertrete, geht von davon aus, die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine sozial integrative und radikal demokratische Stadtpolitik zu reflektieren.

Soweit ich von einer Krise der Stadtpolitik spreche, meine ich nicht die Krise der Stadt an sich, sondern in Anlehnung an Oskar Negt politisch noch nicht bewältigte strukturelle oder systemische Umbrüche im Bereich des kommunalen Sektors, die für die Entwicklung der Städte von besonderer Bedeutung sind.

Bei allen vergleichenden Debatten muss berücksichtigt werden, dass in den Kommunen ein hybrider, d.h. doppelter Typus politischer Steuerung vorherrscht, der nach Frieder Naschold und Renate Mayntz aus den demokratischen Legitimationserfordernissen und den Aufgaben des Verwaltungsmanagements bzw. der Verwaltungsführung besteht.

Vergleichende Policy-Analysen können heute mit den Hauptvariablen der Stadtpolitik, der sozioökonomischen Entwicklung in den Stadtregionen sowie der jeweiligen staatlichen Rahmenbedingungen konzipiert und mit einer aufwändigen Kombination aus quantitativen und qualitativen Erhebungen empirisch durchgeführt werden.

### 1. Perspektiven der vergleichenden Politik- und Städteforschung

- Krisenbegriff: Unübersichtliche, noch nicht bewältigte strukturelle oder systemische Umbruchsituationen (Oskar Negt)
- Hybridcharakter politischer Steuerung: Demokratische Legitimation plus Verwaltung/Management (Naschold, Mayntz)
- Vergleichende Policy-Analysen mit den Variablen Stadtpolitik, sozioökonomische Entwicklung und staatliche Rahmenbedingungen
- „Großstädte zwischen Hierarchie, Wettbewerb und Kooperation“ (Rolf Prigge/Thomas Schwarzer 2006)
- Besonderheiten der Stadtstaaten: Realunion von Großstadt und Bundesland

25.4.2007

Rolf Prigge

lowe

3

Eine derartige Untersuchung über die fünfzehn nach der Einwohnerzahl größten deutschen Städte habe ich zusammen mit meinem Kollegen Thomas Schwarzer von 2003 bis 2006 mit Förderung der Hans-Böckler-Stiftung des DGB am Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen durchgeführt (Rolf Prigge, Thomas Schwarzer, Großstädte zwischen Hierarchie, Wettbewerb und Kooperation, Wiesbaden 2006). Nach unseren Erkenntnissen werden in dem nationalen Großstädtesystem die Großstädte von einem multipolaren Steuerungsmix gelenkt. Dabei steht der

Begriff „Hierarchie“ für die Abhängigkeit der Großstädte von der Politik höherer staatlicher Ebenen (EU, Bund, Länder) und für manche Form der Steuerung von Stadtpolitik, der Begriff „Wettbewerb“ für die Konkurrenz der Großstädte um Einwohner und Investoren und der Begriff „Kooperation“ für vielfältig vernetzte Kooperationsbeziehungen in der Stadtpolitik und zwischen den Großstädten.

Bei derartigen Analysen und Debatten nehmen die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen eine Sonderrolle ein, da sie eine Realunion von Großstadt und Bundesland bilden und außerdem Hauptstädte ohne Umland sind.

## 2. Die Krise städtischer Demokratie

Meine These ist, dass die (groß-) städtische Demokratie von mehreren krisenhaften Tendenzen gekennzeichnet ist, die politisch zu bearbeiten wären.

Die in den meisten Bundesländern (Ausnahme: Stadtstaaten) nunmehr eingeführte Direktwahl der Oberbürgermeister hat zwar deren Position gegenüber der Verwaltung gestärkt, entgegen den in den 1990er Jahren verbreiteten Hoffnungen aber die demokratische Legitimation kommunaler Politik geschwächt. Die Personifizierung städtischer Politik ist offenbar kein geeignetes Mittel, um dauerhaft mehr Bürgerinnen und Bürger an der Kommunalpolitik zu beteiligen. Insbesondere bei so genannten Stichwahlen sind Wahlbeteiligungen von 30 Prozent und weniger keine Seltenheit mehr.

Die gestärkten Oberbürgermeister – insbesondere aus dem politischen Lager der CDU – haben ihre Macht genutzt, um neue Hegemonialstrukturen mit mächtigen gesellschaftlichen Gruppen zu bilden, einen unternehmerischen Politikstil zu kreieren und die Beteiligungsansprüche von Bürgern und Beschäftigten sowie von unterprivilegierten Gruppen abzuwehren.

In der Folge umfangreicher Privatisierungen, der Auslagerung öffentlicher Aufgaben sowie der neuen Hegemonialstrukturen sind insbesondere die von der Bevölkerung gewählten Kommunalvertretungen (Stadträte) in ihren Wirkungsmöglichkeiten beschnitten und geschwächt worden. Eine politische Beteiligung der Kommunalvertretung an der Steuerung des kommunalen Sektors findet häufig nicht mehr statt. Unendliche Sparrunden befördern die politische Resignation, nähren die Erfahrung, dass Mann/Frau doch nichts mehr auf kommunaler Ebene bewirken kann.

Auch bei den Wahlen zu den Kommunalparlamenten geht demzufolge die Wahlbeteiligung weiter zurück. Offenbar sehen die Bürger, dass die Kommunen derzeit zu wenige Möglichkeiten haben, ihre Entwicklung selbst zu bestimmen und zu steuern. In den Großstäd-

ten geben zwar noch die Parteien den politischen Ton an, Wählergemeinschaften spielen hier im Unterschied zu kleineren Kommunen aber bisher keine Rolle.

## 2. Krise städtischer Demokratie

- Dominanz neuer Hegemonialstrukturen: OB's und Vorentscheiderstrukturen, ungleiche Machtressourcen der Akteure
- Unterschiedliche politische Führungsstile zwischen CDU und SPD-OB's: unternehmerisch / Integrativ (Prigge/Schwarzer)
- Schwächung der repräsentativen Kommunalvertretung durch die Auslagerungen öff. Aufgaben und neue Hegemonialstrukturen
- Rückläufige Wahlbeteiligung bei OB- und Rats-Wahlen
- Veränderte Parteienlandschaft, neue Koalitionen und soziale Bündnisse: Chancen für neue Parteien!
- Mehr Bürgerbeteiligung noch ohne Entscheidungsmacht
- Schwächende direkte Demokratie (OB-Wahl, Währecht, Bürgerentscheide)

25.4.2007

Rolf Prigge

low

4

In der Folge der noch von der rotgrünen Bundesregierung initiierten, sehr umstrittenen Arbeitsmarktreformen gerät die Parteienlandschaft aber in Bewegung. Die beiden großen Volksparteien verlieren an Zuspruch, neue Koalitionen werden zur Bildung von politischen Mehrheiten erforderlich. Politische Bürgerinitiativen und breitere soziale Bündnisse gewinnen an Zuspruch und Bedeutung. Damit hat auch die Partei DIE LINKE durchaus eine Chance, sich in diesem politischen Wandel in Ost und West zu etablieren, wenn es ihr gelingt, eine unverwechselbare politische Identität zu entwickeln und politische Glaubwürdigkeit zu gewinnen.

Nachdem in der Bundesrepublik bereits in den 1980er Jahren die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung ausgeweitet wurden (z.B. bei der Stadtentwicklungsplanung), versuchen nun fast alle Städte, die vor allem bei den älter werdenden und gut ausgebildeten Bürgern vermutete Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement zu fördern. Ehrenamtliches Engagement bedarf jedoch guter Unterstützungsstrukturen, wenn es stabil wirken soll. Außerdem trägt es die Gefahr der sozialen Ausgrenzung für schlechter ausgebildete Gruppen in sich. Die EU-Kommission hat in einer kürzlich veröffentlichten Studie festgestellt, dass die Deutschen in der Disziplin des Ehrenamtes und des bürgerschaftlichen Engagements in der EU Spitze sind.

Der in vielen Ländern und Kommunen vorangetriebene Ausbau der Bürgerbeteiligung und der direkten Demokratie scheint auf halbem Wege stecken zu bleiben. Bürgerbeteiligung ohne Entscheidungsmacht scheint für die Bürger wenig attraktiv zu sein. Das mag in Bayern anders sein, wo mehrere Volksbegehren und Volksentscheide die von der CSU geführte Staatsregierung in demokratische Schranken gewiesen haben. Auch erfolgreiche Bürgerbegehren gegen Privatisierungen in nordrhein-westfälischen Kommunen sind ein Hoffnungsschimmer. Wie schwer sich Landes- und Kommunalregierungen mit der direkten Demokratie tun, zeigt aber das Hamburger Beispiel.

Zwar hatte eine große Mehrheit der Hamburger Bürger bei der jüngsten Landtagswahl in einem Volksentscheid die Privatisierung der städtischen Kliniken abgelehnt, trotzdem hat sich der CDU-Senat der Stadt aber mit formaljuristischen Argumenten darüber hinweg gesetzt und die Kliniken mittlerweile privatisiert.

## 3. Die Krise der kommunalen Daseinsvorsorge und des lokalen Sozialstaats

Die Krise der kommunalen Daseinsvorsorge und des lokalen Sozialstaats ist zunächst eine Krise der kommunalen Finanzen, der dramatischen Unterfinanzierung des kommunalen Sektors.

Die Steuersenkungspolitik der rotgrünen Bundesregierungen hat in Verbindung mit einer Konjunkturkrise und den Kosten der Wiedervereinigung die kommunalen Finanzen in einen ruinösen Zustand gebracht. Die Kommunen haben nach Meldungen des Deutschen Städtetags im Jahre 2006 erstmals seit vielen Jahren wieder einen Überschuss von 1,75 Milliarden EUR erwirtschaftet. Eine Milliarde EUR resultiert aber aus dem Verkauf des kommunalen Wohnungsbestandes durch die Stadt Dresden. Gleichzeitig wurden für 24 Milliarden EUR Kassenkredite aufgenommen, um kommunale Aufgaben zu finanzieren. Die Personalkosten betragen im Jahre 2006 noch 92 Prozent des Jahres 1992, die Investitionen bewegten sich jedoch mit 20 Milliarden EUR um etwa 15 Milliarden unter dem Niveau von 1992. Die sozialen Leistungen weisen als Ausgabeblock trotz aller politisch umstrittenen Sparmaßnahmen die höchste Steigerungsrate auf.

## 3. Krise der kommunalen Daseinsvorsorge und des lokalen Sozialstaats

- Fortdauernde Finanzkrise des kommunalen Sektors und der Stadtstaaten (Kassenkredite, Personalabbau, Investitionsstau)
- Typologie großstädtischer Entwicklung: Schrumpfende, durchschnittliche und prosperierende Großstädte (Prigge, Schwarzer)
- Nachlassende soziale Integrationskraft der Städte: Polarisierung der Einkommen, Vermögen, Stadtteile und Lebenschancen nimmt zu!
- Defizite kommunaler Daseinsvorsorge:
  - unzureichende Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche,
  - fehlende Ganztagschulen und Förderangebote,
  - überholtes dreigliedriges Schulsystem, Ausbau der Hochschulen)
  - Barrieren für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Kinder
  - Grundsicherung und Neuaufbau lokaler Arbeitsmarktpolitik

25.4.2007

Rolf Prigge

low

5

Demzufolge nimmt in den Städten die soziale Integrationskraft ab. Einkommen, Vermögen, Stadtteile und Lebenschancen polarisieren sich. Die Stadtgesellschaft fällt auseinander. Allerdings trifft diese Entwicklung die Städte und Regionen in unterschiedlicher Weise. Mit unserer Untersuchung über die großen deutschen Städte haben wir eine Typologie großstädtischer Entwicklung geformt. Danach können schrumpfende, mittlere und prosperierende Großstädte unterschieden werden. Die sozialen Probleme wie Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung treffen die schrumpfenden Städte wesentlich stärker. Deren Handlungsmöglichkeiten sind außerdem durch

zumeist größere Haushaltsprobleme noch stärker eingeschränkt. Andererseits haben es prosperierende Städte wie München und Stuttgart leichter, eine soziale Stadtpolitik zu betreiben, da sie wirtschaftlich stärker sind, über höhere Steuereinnahmen verfügen können, Einwohner hinzugewinnen und weniger soziale Probleme haben.

Der notwendige Ausbau der kommunalen Daseinsvorsorge steht in allen Städten auf der politischen Tagesordnung, auch wenn der konkrete Bedarf von der jeweiligen regionalen Lage und Lebensweise abhängt. Ergebnisse der international vergleichenden Forschung über die europäischen Wohlfahrtsstaaten haben schon vor einigen Jahren darauf verwiesen, dass das deutsche Sozialstaatsmodell bisheriger Prägung viel zu wenig tut für die frühzeitige Förderung der Kinder und Jugendlichen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Frauenerwerbstätigkeit und Kinder. Die PISA-Studien haben verdeutlicht, dass die Bildungschancen in Deutschland noch viel zu stark von der sozialen Herkunft abhängen. Eine größere Geschlechtergerechtigkeit erfordert daher den Ausbau der Krippen für Kinder von null bis drei Lebensjahren und der Kindertagesstätten für Drei- bis Sechsjährige, den Ausbau von Ganztagschulen und schließlich auch der Hochschulen.

Mit den Hartz-Reformen der Arbeitsmarktpolitik wurden lokalen Beschäftigungsprogrammen – wie Arbeit statt Sozialhilfe – die Grundlage entzogen. Der neue Aufschwung geht aber an den Langzeitarbeitslosen noch weitgehend vorbei. Fragen der Grundsicherung, der sozialen Wohnungsverversorgung und der Neuaufbau einer lokalen Arbeitsmarktpolitik sind Aufgaben, die nun in der neuen Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit angegangen werden müssen.

#### 4. Die Krise der politischen Steuerung

Der Irrweg neoliberaler Politik hat zur Schwächung des kommunalen Sektors beigetragen. Die massive Senkung von Steuern durch die rot-grüne Bundesregierung hat den Rückzug des Staates forciert. Wettbewerb und betriebswirtschaftliches Denken haben im öffentlichen Sektor Einzug gehalten, ohne dass diese Governanceformen ihren Nutzen für die politische Regulierung immer nachzuweisen vermochten.

Der Stellenwert öffentlichen Eigentums ist im kommunalen Sektor allgemein und speziell gesunken. Dazu hat die Deregulierungspolitik der EU und der jeweiligen Bundesregierungen ebenso beigetragen wie die extensive Privatisierungs- und Auslagerungspolitik mancher Kommune. Einzelfälle von Missmanagement, die Abwehr von Beteiligungsansprüchen der Bürger und von Mitbestimmungsinteressen der Beschäftigten haben die Diffamierung öffentlichen Eigentums noch befördert.

Die Rahmensteuerung des kommunalen Sektors jedenfalls ist diffuser geworden. Da wurde die kommunale Finanzkraft geschwächt, wurden trotzdem

neue Aufgaben – wie der Ausbau der Kinderbetreuung – den Kommunen übertragen, wurden mit den Arbeitsmarktreformen neue Institutionen mit großen Funktionsproblemen an der Schnittstelle von Kommunen, Ländern und dem Bund ersonnen.

In den 1990er Jahren sollte das von der damaligen Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung entwickelte neue Steuerungsmodell der dezentralen Ressourcenverantwortung die Haushalts- und Funktionsprobleme des kommunalen Sektors lösen. Wegen der umfangreichen Privatisierungen wurde in den großen Städten daraus der politische Konzern Stadt, der kommunale Aufgaben mit Hilfe seiner modernisierten Verwaltungen, von Eigenbetrieben und privatrechtlicher Gesellschaften wahrnimmt.

Nun soll das Leitbild der Bürgerkommune helfen, die Bürger mitzunehmen, ihnen möglichst sogar Aufgaben zur Selbstorganisation zu überantworten.

#### 4. Krise der politischen Steuerung

- Irrweg neoliberaler Politik: Rückzug des Staates, Steuersektoreuphorie, Wettbewerb und Ökonomie im öff. Sektor
- Diffuse Rahmensteuerung des kommunalen Sektors (Finanzen, Hartz-Gesetze, Kinderbetreuung etc.)
- Politisches Versagen des neuen Steuerungsmodells (Banner): Konzern Stadt plus New Public Management plus lokale Haushaltskonsolidierung (plus Bürgerkommune) löst keine politischen Bedarfs- und demokratischen Steuerungsprobleme!
- Nationales Konzept zum Ausgleich größer werdender regionaler Entwicklungsunterschiede bzw. zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen fehlt! (EU-Politik reicht nicht!)

25.4.2007

Ralf Prange

low

6

Diese neuen Steuerungsmodelle haben in einem politischen Sinne versagt. Politische Steuerungs- und demokratische Beteiligungsprobleme sowie die Befriedigung neuer Bedarfe nach öffentlichen Diensten lassen sich mit ihnen nicht lösen.

Ein nationales Steuerungskonzept zum Ausgleich unterschiedlicher Lebensbedingungen und zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland gibt es bisher nicht. Diese großen gesellschaftlichen Aufgaben überlassen die politischen Kräfte in Deutschland bisher der sozialen Kohäsionspolitik der Europäischen Union. In Verbindung mit der weiteren Durchsetzung des Europäischen Binnenmarktes und der Erweiterung der EU nimmt aber das Wohlstandsgefälle in der EU weiter zu, wird die EU-Strukturpolitik immer mehr auf die neuen Beitrittsstaaten ausgerichtet. Der Politikwettbewerb der Großstädte und der Bundesländer führt unter diesen Bedingungen zu größeren Abständen in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Gebraucht wird daher unbedingt *ein neuer*, den sozialen Ausgleich stärker betonenden politischer, nationaler Regulierungsrahmen für die Entwicklung der Kommunen, Städte und Bundesländer in ganz Deutschland.



## 5. Der Sonderfall der Stadtstaaten am Beispiel Bremens

Die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft lässt sich am Beispiel Bremens gut demonstrieren. Bremen ist die deutsche Großstadt mit den – gemessen an der Bevölkerungszahl – meisten Einkommensmillionären, den meisten Privatsolvenzen und den meisten Kindern, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Bis vor wenigen Jahren hatte Bremen unter den Großstädten auch die meisten Sozialhilfeempfänger.

Der Stadtstaat befindet sich seit vielen Jahren in einem extremen Haushaltsnotstand. Bremen und das Saarland haben spezielle milliardenschwere Sanierungsbeihilfen bekommen, mit denen aber in erster Linie Steuerausfälle ausgeglichen und Investitionen finanziert wurden. Bremen ist Vorreiter bei der Auslagerung öffentlicher Aufgaben und der Privatisierung, der Realisierung neuer Steuerungsmodelle und des Konzern Stadt. Heute werden die Probleme der politischen Steuerung neu thematisiert. Es gab von der SPD politische Initiativen, die Zahl der städtischen Gesellschaften zu reduzieren, ein wirksameres und politisch kontrolliertes Teilteilungsmanagement aufzubauen.

Während in den sozialen Diensten und den allgemeinbildenden Schulen in den vergangenen Jahren ziemlich rigide Sparprogramme gefahren wurden, sind die Investitionen überdurchschnittlich erhöht, die Wirtschaftsförderung und der Wissenschaftsbereich ausgebaut worden.

### 5. Sonderfall Stadtstaaten

- Soziale Spaltung der Stadtgesellschaft in Bremen: Höchstzahl an Einkommensmillionären u. Privatsolvenzen/Kindern in Armut
- Extremster Haushaltsnotstand: Vorreiter bei Privatisierungen und Auslagerung öff. Aufgaben, neuen Steuerungsmodellen/Konzern Stadt und Sparprogrammen bei extensiver Wirtschaftsförderung
- Effekte: Fortgeschrittener wirtschaftlicher Strukturwandel, Defizite in der sozialen Infrastruktur und Daseinsvorsorge
- Marktplatzdemokratie mit höherer Wahlbeteiligung
- Schwache Rechte der Stadtbezirksvertretungen in Bremen
- Stärkung direkter Demokratie steht noch aus!
- Neues Wahlrecht in Hamburg und Bremen (!)

2.54 2187

Rediff map

low

7

In der Folge ist der wirtschaftliche Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft vorangeschritten, wurden neue Gewerbegebiete am Flughafen, an der Universität, der Autobahn A 1 und an bzw. in den Häfen erschlossen. Nun sind aber die Defizite in der sozialen Infrastruktur und bei der öffentlichen Daseinsvorsorge unübersehbar. Die Bremer SPD mit ihrem neuen Bürgermeister Jens Böhrnsen thematisiert offen diese soziale Schieflage der Entwicklung Bremens und will in der Sozialpolitik neue politische Akzente setzen. Selbst der bisherige Koalitionspartner CDU will von der früher eingeforderten weiteren Kürzung des Sozialhaushalts auf einmal nichts mehr wissen.

Die Demokratiebilanz Bremens zeigt ein ambivalentes Bild. Häufige Demonstrationen auf dem Marktplatz, lebendige Bürgerbeteiligung in einzelnen Stadtteilen und eine bisher etwas höhere Beteiligung an den Landtagswahlen sprechen für eine lebendige Stadt-demokratie. Bisher nur vergleichsweise schwach ausgebildete Rechte der hier Ortsamtsbeiräte genannten gewählten Stadtteilvertretungen, zu hohe Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide und ein reines Verhältniswahlrecht zur Bürgerschaft sprechen eher dafür, dass Bremen noch demokratischer werden kann.

Ein nach einem erfolgreichen Volksbegehren von der Bürgerschaft verabschiedetes neues Wahlrecht wird bei der übernächsten Bürgerschaftswahl den Wählern mehrere Stimmen geben und Einfluss auf die Reihenfolge der gewählten Bürgerschaftskandidaten der Parteien haben.

## 6. Resümee

Abschließend fasse ich die wesentlichen Aussagen in meinem Referat noch einmal zusammen:

Die Demokratisierung des politischen Konzerns Stadt und der strategischen Verwaltungsführung bzw. des Managements steht noch aus. Wie können demokratische, politische Steuerung, die Beteiligung der Bürger und die Mitbestimmung der Beschäftigten systematisch miteinander verbunden und zum Wohl der Stadt ausgestaltet werden?

Die Finanzkraft des kommunalen Sektors, der Städte und Stadtstaaten bedarf dringend der gezielten, am Bedarf orientierten Stärkung, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu gewährleisten.

Die soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge sind derzeit in Deutschland unterentwickelt und müssen dringend ausgebaut werden. Fördern und Vereinbaren statt Fordern und Disziplinieren könnte das politische Motto für den Ausbau des lokalen Sozialstaats lauten.

Ein Mehr an öffentlichem Eigentum braucht gute Gründe und muss sich qualitativ legitimieren. Eine bloße Verstaatlichung ist angesichts der historischen Erfahrungen mit dem Niedergang der ehemaligen DDR und des nichtkapitalistischen Blocks denunziert. Öffentliches Eigentum kann in betrieblicher Hinsicht als Verwaltung und Einrichtung, als Eigenbetrieb, als Anstalt, Stiftung, als städtisches Unternehmen oder als Verein organisiert werden. Mehr öffentliches Eigentum braucht neue Formen politischer Steuerung, demokratischer Kontrolle, strategischer Führung, der Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung der Beschäftigten.

## 6. Resümee

- Demokratisierung des politischen Konzern Stadt und strategische Verwaltungsführung bzw. Management
- Gezielte, bedarfsabhängige Stärkung der Finanzkraft des kommunalen Sektors, der Städte und Stadtstaaten
- Ausbau der sozialen Infrastruktur und Daseinsvorsorge: Fördern und Vereinbaren statt Fordern und Disziplinieren
- Mehr öffentliches Eigentum braucht neue politische Steuerung: demokratische Kontrolle, strategische Führung, Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung
- **ZENTRALE FRAGE: Wettbewerbs- oder Integrationsregime (Häußermann) bzw. hierarchisch-unternehmerische oder kooperativ-integrative Stadtpolitik (Prigge/Schwarzer)**

25.4.2007

Ralf Prigge

ISW

8

In der städtischen Demokratie zeigen sich klare Legitimationsdefizite. Mit der Direktwahl der Oberbürgermeister konnten diese nicht behoben werden. Der schwindende Einfluss der Kommunalparlamente spiegelt sich in der rückläufigen Wahlbeteiligung. Fraglich ist bisher, ob Bürgerschaftliches Engagement und direkte Demokratie, so sinnvoll sie auch sein mögen, diese Defizite ausgleichen können. Offenbar knüpfen die Bürger ihre Bereitschaft zum Engagement eher an die Teilhabe über Macht und Einfluss. Die Parteienlandschaft in den Städten könnte in ganz Deutschland durch die Formierung der Partei DIE LINKE in Bewegung kommen, wenn diese sich der Aufgabe gewachsen zeigt, ein klares politisches Profil herauszubilden und im übrigen glaubwürdig zu bleiben.

Alle Parteien aber müssen sich die zentrale Frage stellen,

- ob die Entwicklung in den großen Städten (und Kommunen) in den nächsten Jahren stärker von einem Wettbewerbs- *oder* von einem Integrationsregime bestimmt (Hartmut Häußermann) und
- ob in den Städten stärker eine hierarchisch-unternehmerische *oder* eine kooperativ-integrative Stadtpolitik (Prigge/Schwarzer) gemacht werden soll.

## Re-Kommunalisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge

Bremen, 28.04.2007

1

Umweltinfrastruktur

### BEISPIELE

#### Abfallabfuhr



- **Rhein-Hunsrück-Kreis** (RHE) (AöR seit 2006) – mehr Beschäftigte mit Tarif öD (-1 Mio. € → **30%**)
- **Bergkamen** (2006 → Abfuhr -30%, insg. -15% Gebührenerkung **2006: 5,9%, 2007: 1,5%**)
- **LK Lüneburg** (Abfuhr ab 2008 mit GmbH → **-20%**)
- **Rhein-Sieg-Kreis** (RSAG) mit Tochterunternehmen ARS in Kooperation mit privaten Mittelstand
  - Übernahme der 80 Müllmänner von Remondis, nicht jedoch Führungspersonal & tw. veraltete Müllfahrzeuge

2

Umweltinfrastruktur

### BEISPIELE

#### Abfallabfuhr

- **Gemeinden/ Städte:** Fröndenberg (LK Unna), Leichlingen, Haan, (Werne), Unna, Wesel (Ende 80er)
- **Landkreise:** Unna, Uckermark, Mettmann, Neckar-Odenwald, Muldentalkreis, Soltau-Fallingb. (hier Soltau);
- **Zweckverbände:** Regio-Entsorgung Langerwehe, Linnich (LK Düren), Würselen (LK Aachen), Inden (letzte Beitritte Alsdorf, Herzogenrath), (Zweckverband Abfallwirtschaft Donau-Wald)
- **Anlagenbetriebe** in der Abfallwirtschaft
  - Übernahme Verbrennungsanlagen, Kompostierung, Betriebshöfe

3

## HINTERGRUND

- **Marktgröße:** Ca. 13 Mrd. €; lt. Handelsblatt 37% Hausmülltransporte in kommunaler – 63% in privater Hand
- **Niedersachsen:** 14 von 39 LK & kreisfreie Städte (Ausnahme Braunschweig) in öffentlicher Regie
- **Konzentrationsstrategien** (Remondis, Sulo (mit Cleanaway): Umsatz 1,2 Mrd. €, 200 Standorte, ca. 8.000 Beschäftigte)
  - Ausbau marktbeherrschenden Stellung in auch in abfallwirtschaftlichen **Sekundärmarkten** (Übernahme Systembetreiber, Anlagen etc.)

4

## MOTIVE

### Ziele:

- **Aufbrechen** unbeweglicher **Marktstrukturen**
  - **Langfristige Sicherung** Abfallentsorgung
  - **Gebührensankung/-stabilität**
  - **Entscheidend** Gewinnsituation
- Oder aber auch:
- „Inhouse-Fähigkeit“ – Direktvergabe
  - **Wahrung/Wiederherstellung politischer Einfluss**
  - Unterstützung **lokaler Arbeitsmarkt**
  - **Ökologie**

5

## HINTERGRUND II

- Einstieg **Finanzinvestoren** - Rotterdamer Unternehmen AVR für 1,4 Mrd. € - Konsolidierung der Abfallbranche
- Einige Aufbereiter in **UK** schon länger in den Händen der auf Infrastruktur konzentrierten Fonds
- **Deutschland:**
  - KKR neben AVR mit Dualen System Deutschland (DSD)
  - Blackstone & Apax 2004 bei Sulo (570 Mio. € für Cleanaway)

6

## BEISPIELE

### Betriebliche Leistungen, wie

- **Straßenreinigung:** Bergkamen (2002 / - 25%)
- **Reinigung:** Dortmund, Freiburg
- **Grünpflege:** Aachen, Schweinfurt, Köln

### Leistungen der Kernverwaltung, wie

- **Prüfstattistik:** Hannover
- **IT- Leistungen:** Hagen
- ....

**Normales** Geschäft, insbesondere Insourcing von Teilleistungen

7

## BEISPIELE

### Krankenhaus bereich:

- **Neben Privatisierung** niedersächsischer LKH auch
  - **Klinikum Region Hannover** – Zuschlag LKH Wunstorf (ca. 8 Mio. €)
  - **Stadt Lüneburg** LKH Lüneburg (20,3 Mio. €)
  - **Gründe:** Qualitätsverlust; Versuch der Maximierung von Pflegesätzen bei Sozialhilfe (öffentliche Kostenträger) durch Private; Synergieeffekte – Kosteneinsparungen

8

## BEISPIELE

### Versorgung

- **Wasser/ Strom:** Bochum, Dortmund (Gelsenwasser – dt. Teil); Stadtwerke Potsdam; Stadtwerke Krefeld- RWE Umwelt; Bergkamen, Bönne, Kampen (1994/ 1995)
- **Gasversorgung Ahrensburg** GmbH (ab 10/2006) – gegen E.ON Hanse AG
- **Epe** (Münsterland) mit eigenem, großen Gas-Speicher
- **(Austritt)** aus dem von Großkonzernen dominierten Bundesverband der dt. Gas- & Wasserwirtschaft, u.a. von Stadtwerken Aachen, Soest & Unna)

9

### HINTERGRUND III

- Von ca. 900 **Stadtwerken** bisher 194 Minderheitsbeteiligung E.ON & RWE von mehr als 10%
- Konzessionsverträge laufen oft ab 2009 aus – Ziel: **Netzbetriebsgesellschaften** mit kommunaler Mehrheit
- **Wasser**: Auch möglich: Oligopol-Bildung nach französischem Vorbild (z.B. 4 für mehr als 80 % Wassermarkt)
- Kaum Gebühren- oder Entgeltabsenkung, sondern Reduktion Instandhaltung & auf Versorgungssicherheit ausgerichtete Investitionen
- **Gezielte Förderung wettbewerblicher Elemente in der Wasserwirtschaft verbessert das Innovationsverhalten (BMBF)**

10

### KRITERIEN

#### Stolperstein Wirtschaftliche Betätigung/Eigenleben

- Steigende Anzahl der **Beteiligungen**
- Interne Umstrukturierungen (z.B. **Konzernbildung**, Holding)
- **Geschäftsfelderweiterung**, u.a.
  - Ca. 50 % städtischer Dienstleistungen nicht von Kernverwaltungen, sondern von städtischen Unternehmen (Bsp. Wohnungsunternehmen mit FM oder Stadtwerke)
  - Ausnahmen vom Örtlichkeitsprinzip
- Öffentliche **Monopole**

11

### KRITERIEN

#### Stolperstein Standards der Leistungserstellung

- **Beschäftigungs-Standards**:
  - Tarifkonforme Beschäftigung
  - „Tarifdelta“ - Unterbietungskonkurrenz durch Tarifverträge am selben Ort der Leistungserbringung möglich
  - Fokus Personalkosten ausgeschöpft
- **Demokratie-Standards**: Beteiligung NutzerInnen & demokratische Kontrolle für z.B. Verbraucherschutz, Management, Servicequalität

12



## KRITERIEN

### Stolpersstein Umsetzungsqualität

- **Wettbewerb** führt nicht zu technischen & sozialen Innovationen (wenn überhaupt organisatorischen Innovationen für Kosteneffizienz)
- Alternativen zum Kriterium Wettbewerbsfähigkeit – auch zum **Benchmark**
- **Alternative Organisationsformen**
  - Partizipative Wiederaneignung durch die Bürger einer Stadt/Dorf (z.B. Freiamt im Schwarzwald)
  - Gemeinnütziger Krankenhausverbund

13

## KRITERIEN

### Stolpersstein Rechtsunsicherheit / Rahmgebung

- **Gesetzgebung** EU/Bund/Land – **Urteile** (u.a. Düsseldorf 2003, aber auch EuGH zum Vergabe- & Wettbewerbsrecht)
- **Beihilferegulierung**/ Finanzierung öffentlicher Unternehmen (Förderung, Querverbund);
- **Steuerliche** Behandlung gemeinwohlorientierter DL

14

## KRITERIEN

### Stolpersstein Rechtsunsicherheit / Rahmgebung

- Novellierung **Gemeindeordnungen** - stärkere Betonung eines Vorrangs privaten Leistungserbringung vor Leistungserbringung durch öffentliche Hand erforderlich.. Noch stärkere Konzentration der kommunalen Gebietskörperschaften auf Kernaufgaben öffentlichen örtlichen Daseinsvorsorge.
- **Haushaltslage** Kommunen per Umlagefinanzierung
- Regelungen seitens **Genehmigungsbehörden**, wie Kommunalaufsicht, Bundeskartellamt

15

## ANFORDERUNG

- Soweit wie möglich marktwirtschaftliche Steuerungsstrukturen - **Deregulierung & Privatisierung als zwingende nationale Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum?**
- **Nicht ausreichend, ökonomisch richtig zu agieren....**

16

## ANFORDERUNGEN

### Rationalitäten der Privatisierung

- **Ansatz A:** Kontingenztheorie/ situativer Ansatz → Zwang Kommunen zur Privatisierung (Investitionsstau, EU) → Skepsis, da Entscheidungskorridore
- **Ansatz B:** Ökonomische Theorie → Effizienzsteig. → Messung von Kosten, Qualität, Preise strittig → Empirisch: Mind. genauso viele andere Belege
- **Ansatz B1:** Ökonomische Theorie (Institut.) → Verringerung Transaktionskosten, weniger opportunistische Akteure & Informationsasymmetrie → Skepsis, da Kommune v.a. nach Privatisierung nicht mehr in der Lage Unternehmen zu steuern → Abtretung Verfügungsrechte an Großunternehmen / Kapitalgesellschaften (oder mehrere Beteiligte)
- **Ansatz C:** Soziol. Institutionalismus → Privatisierung folgt best. Leit-/ Stadtbildern – ordnungspolitisch (Rationalität der Angemessenheit mächtiger Interessengruppen) – Think Tanks, Lobby → ?

17

## AUSBLICK

- **Bedarfswirtschaft/ Öffentliche Wirtschaft nicht Staatswirtschaft**
  - Orientierung primär an **öffentlichem Interesse** / politisch definiert
  - Art und Weise der **Zielfindung** nicht am Markt sondern im politischen Aushandlungsprozess
  - **Politische Steuerung** über öffentliche Wirtschaft
  - Strukturelle **Koppelung** zwischen Wirtschaft & Politik
  - **Rekommunalisierung** nicht um jeden Preis, sondern mit Kriterien!
- **Zu hohe Erwartungshaltung** an öffentliche Unternehmen im Markt?

18



## AUSBLICK

### Weitere Kriterien:

- Gleichberechtigter kontinuierlicher **Zugang** (räumlich, preislich)
- **Gemeinwohlorientierung**
- **Transparenz**

### Aber auch:

- **Gewinnorientierung?**
- **Staatkraft?**
- **Gleichberechtigte Marktteilnahme?**

19

## AUSBLICK

- Trend **Re-Kommunalisierung** hat sich noch nicht gefestigt
- Notwendigkeit der Setzung von **Rahmenbedingungen & Kriterien für lokale öffentliche Wirtschaft**
- Antwort lautet in den meisten Fällen nicht **Wettbewerb** oder Konzern Stadt
- Vorsicht vor **Pendelbewegung** – Re-Kommunalisierung oder vollständige Privatisierung/ Komplettverkauf
- Bildung von **Gegenmacht**

➡ **Phantasie & Mut** gefragt denn je...

20

# Re-Kommunalisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge

**Vielen Dank für die Aufmerksamkeit**

### Kontakt:

Robert Kösling  
Urbane Infrastruktur  
Naufigarder Str. 41  
10409 Berlin  
Mobil: 0172-2486511  
Mail: robert.koesling@berlin.de

Bremen, 28.04.2007

21

# Alternativen zum Ausverkauf von städtischen Wohnungsbaugesellschaften – Das Beispiel Pinneberg

Claus-Peter Matetzki

Ich war Mitbegründer der Interessengemeinschaft Wohnungsbau, einer Bürgerinitiative, die sich gegründet hatte, weil die kommunale Wohnungsbaugesellschaft in Pinneberg verkauft werden sollte. Pinneberg ist ein relativ kleiner Landkreis, genau genommen der kleinste Landkreis in Schleswig-Holstein. Aber er hat die höchste Bevölkerungsdichte. Das hängt damit zusammen, dass Pinneberg dicht bei Hamburg liegt.

Die Wohnungsbaugesellschaft hatte einen Bestand von 2 220 Wohnungen. Es gab sozial verträgliche Mieten, obwohl die meisten Mieterinnen und Mieter nicht mehr in der Sozialbindung sind. Die Wohnungsbaugesellschaft arbeitete nicht gewinnorientiert. Ihr Anliegen war es, eine breite Versorgung mit bezahlbaren Wohnungen, d.h. sozial erschwingliche Mieten sicherzustellen. Dies auch unter dem Gesichtspunkt, dass es in Hamburg ein sehr hohes Mietenniveau gibt.

Nun sollte diese Wohnungsbaugesellschaft verkauft werden. Es gab auch Fondsgesellschaften aus dem angloamerikanischen Raum, die sich dafür interessierten und die in Deutschland bereits auf Einkaufstour gegangen sind. Was dabei letztlich herausgekommen ist, weiß jeder. Das kann man tagtäglich in der Zeitung nachlesen.

Um diesen Verkauf zu verhindern, haben wir aus dem Kreis der Mieterinnen und Mieter heraus eine Bürgerinitiative gegründet. Wir haben überlegt, was man machen, um den Verkauf zu verhindern

Die CDU hat im Landkreis die absolute Mehrheit. Sie war nicht geneigt, von den Verkaufsplänen abzugehen, weil sie sich davon eine hohe Rendite erhoffte. Unterstützung erhielt sie in dieser Sache von der FDP. Der Landkreis Pinneberg ist hoch verschuldet. Alles andere war bereits verkauft worden. Insofern war eine Umkehr des Trends auch nicht zu erkennen

Wir entschlossen uns, ein Bürgerbegehren auf den Weg zu bringen. Es was das erste Bürgerbegehren im Kreis Pinneberg überhaupt. Dafür mussten 25 000 Unterschriften gesammelt werden. Trotz der knappen Frist haben wir es geschafft. Das lag vor allem daran, dass es uns gelungen ist, das Thema Wohnungen zu politisieren. Wir konnten deutlich machen: Hier geht es nicht allein darum, dass jeder ein Dach über den Kopf hat. Es geht um mehr: Wohnen und Wohnungen haben auf die gesamte politische Struktur im Kreis Einfluss. Wenn man eine Wohnungsbaugesellschaft von der Größe verkauft, dann hat das gravierende Folgen für den Landkreis, auch für die Wirtschaft. Daher ist es gelungen, eine weitaus größere Anzahl der für das Bürgerbegehren notwendigen Unterschriften zu sammeln. Danach haben wir die Listen beim Amt eingereicht. Im Ergebnis der Prüfung durch das Amt wurde das Bürgerbegehren für ungültig erklärt, weil angeblich 800 Unterschriften fehlen würden. Gott

sei Dank hatten wir uns von allen Unterschriftenlisten Kopien angefertigt. Wir sind vor das Verwaltungsgericht gezogen, um gegen die Entscheidung des Amtes vorzugehen. Das hat bei der Politik plötzlich zu einer erstaunlichen Gesprächsbereitschaft geführt. Die Lösung des Genossenschaftsmodells kam auf den Tisch.

Auch wenn es keine Alternative zum öffentlichen Eigentum gibt, muss man sagen: Das Modell hätten wir nie umsetzen können, wenn wir vom Land nicht die Fördermittel bekommen hätten. Die Banken haben geschaut, was die Landesregierung in Kiel macht. Als diese dann noch nicht ausgegebene Fördermittel zusagte, gewährten die Banken auch Kredite. Erst wenn die beglichen sind, kann die Wohnungsgenossenschaft für Mieterinnen und Mieter geöffnet werden. Die Mehrheit der Mieterinnen und Mieter sind keine Genossenschaftsmitglieder. Die Leute haben das Angebot, müssen aber nicht Mitglied der Genossenschaft werden. Es hätte nicht funktioniert, wenn das Modell durch Genossenschaftseintritte realisiert worden wäre. Für die Mieterinnen und Mieter wäre das nicht finanzierbar gewesen. Der Anteil der Mitglieder wird aber höher. Die Wohnungsbaugenossenschaft ist eine offene Gesellschaft. Anteil an der Genossenschaft haben auch einige regionale Handwerksbetriebe erworben. Sie haben ein vitales Interesse an Aufträgen.

Hauptanteilseigner an der Wohnungsbaugesellschaft war der Landkreis. Darüber hinaus hatten diverse Städte zwischen fünf und zehn Prozent an der alten Wohnungsbaugesellschaft. Jeder musste seinen Anteil an die Genossenschaft veräußern.

Der gesamte Prozess – von der ersten Zeitungsmeldung zum Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft bis hin zur Gründung der Genossenschaft – hat alles in allem drei Jahre gedauert. Es ist uns gelungen, den Verkauf abzuwenden und eine Umwandlung in eine Genossenschaft zu vollziehen. Das Projekt hat bundesweit große Beachtung erhalten. Viele Kommunen sahen es als alternatives Modell zur Privatisierung, mit dem die Stadtkasse gefüllt werden könnte.

# Kernaussagen aus der Diskussion

## 1. Daseinsvorsorge und öffentliche Leistungen:

Daseinsvorsorge charakterisiert den Komplex direkten und indirekten staatlichen Handelns, das darauf gerichtet ist, entsprechend einem gegebenen Kräfteverhältnis und eines bestimmten gesellschaftlich mehrheitsfähigen Wertekonsens die Leistungen für alle Einwohnerinnen und Einwohner zu erstellen, die für die Erhaltung gesellschaftlicher Stabilität und für die Reproduktion eines entsprechenden Typs von Arbeitskraft notwendig sind. Veränderungen in der Daseinsvorsorge bedeutet Veränderung von Machtverhältnissen oder vollzieht die Veränderung von Machtverhältnissen nach. Leistungen der Daseinsvorsorge richten sich an alle Einwohnerinnen und Einwohner. Was zu den Leistungen der Daseinsvorsorge zählt und wer diese Leistungen in Anspruch nehmen kann, ist sowohl das Ergebnis gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen als auch des bestehenden Wertekanons. Daseinsvorsorge hat immer ein historisches Moment und wird immer durch ein gegebenes Kräfteverhältnis bestimmt.

## 2. Daseinsvorsorge und öffentliches Eigentum:

Die Privatisierung öffentlichen Eigentums hat sich als Irrweg erwiesen. Nur öffentliche Unternehmen, öffentliches Eigentum bieten die Chance einer demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung durch Bürger/innen und Beschäftigte. Diese Chance zu nutzen, bedeutet Beschäftigte und Bürger/innen an den Unternehmensentscheidungen über die Art und Weise der Erbringung sowie die Höhe der Gebühren und Entgelter der Leistungen und über deren Qualität zu beteiligen. Eine Möglichkeit wäre die Einrichtung von Fahrgastforen bei allen Verkehrsunternehmen oder Patientenforen bei allen Krankenhäusern. Über diese Foren könnte auch eine öffentliche Kontrolle erfolgen. An den Qualitätsdebatten und der Festschreibung von Qualitätsstandards für öffentliche Leistungen müssen sich alle Bürger/innen beteiligen können. Demokratische Mindeststandards für Gesellschafterverträge und eine Demokratisierung von Kontrollgremien öffentlicher Unternehmen sind wichtige Voraussetzungen für mehr Transparenz.

## 3. Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensbedingungen:

Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen setzt in stärkerem Maße eine neue Definition der Daseinsvorsorge und des allgemeinen und freien Zugangs zu Leistungen der Daseinsvorsorge voraus. Die Verschiedenartigkeit kommunalen Geschehens in Deutschland widerspiegelt sich auch in den unterschiedlichen Entwicklungstrends und

Problemlagen in Städten und ländlichen Regionen. Das hat gravierende Auswirkungen auf die Dienstleistungen, die von der Kommune erbracht werden. Ein Kindergarten oder eine Schule hat in einer Großstadt einen anderen Stellenwert als im ländlichen Raum. Sie müssen demzufolge anders thematisiert werden. So hat zum Beispiel die Schließung solcher Einrichtungen auf dem Lande weitaus gravierendere Auswirkungen als in der Stadt.

## 4. Daseinsvorsorge und Partizipation:

Bürgerinnen und Bürger sind von Anfang an in kommunale Entscheidungen einzubeziehen. Es muss öffentlich diskutiert werden, was öffentliche Aufgaben sind, wie öffentliche Aufgaben erbracht werden sollen, warum öffentliche Aufgaben öffentlich wahrgenommen werden sollen. Bürgerhaushalte und Demokratiebilanzen bieten die Chance einer selbst bestimmten und öffentlichen Debatte. Bürger/innen werden sehr bald an den Punkt kommen, an dem sie feststellen, dass die Kommune nicht auf alle Leistungen und Einrichtungen Einfluss hat. Sie werden erfahren, welche Dienstleistungen von wem erbracht, wie sie finanziert werden und warum sie im Haushalt der Stadt auftauchen oder nicht auftauchen. Langfristig gesehen bedeutet die Umsetzung von Bürgerhaushalten eine Politisierung des gesellschaftlichen Lebens und die Beförderung von gesellschaftlichen Veränderungen. Daher sind Bürgerhaushalte eine wichtige strategische Aufgabe.

## 5. Daseinsvorsorge und Privatisierung:

Es findet ein Gesellschaftsumbruch statt. Eine Facette dessen ist die Entwicklung weg von der Gemeinwohlorientierung hin zur Nutzerorientierung und damit zur Individualisierung. Davon sind alle Politikbereiche betroffen, auch die Bereiche Bildung, Sicherheit, Mobilität und Gesundheit. Bürgerinnen und Bürger, die über genügend Geld verfügen, profitieren davon. Sie können sich die qualitativ besseren Infrastrukturangebote leisten. Sie sind die Gewinner. Alle anderen, alle die kein Geld haben, zählen zu den Verlierern. Der Ausschluss ganzer Bevölkerungsteile wird bewusst in Kauf genommen. Bürgerinnen und Bürger haben längst erkannt, welche fatalen Folgen Privatisierungen nach sich ziehen. Ihnen und nicht den Mandatsträgerinnen und -trägern wird zuallererst die Chance der Einflussnahme entzogen. Mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden wehren sie sich dagegen. Erfolgreich waren Bürgerbegehren u.a. in Mühlem, Freiburg und Meißen. In Köln wurde die Privatisierung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft verhindert.

Es hatte sich gezeigt, dass man Wohnungen für eine kommunale Investitionspolitik braucht. Man muss die Frage, warum eine Kommune einen Kindergarten, eine Schule, ein Altenheim betreiben soll, beantworten können. Wenn wir auf diese Frage keine Antwort haben, dann brauchen wir die Bertelsmann-Stiftung nicht zu kritisieren.

#### **6. Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung:**

Der Privatisierung kann und muss etwas entgegengesetzt werden. Immer mehr Kommunen erkennen, was Privatisierung bedeutet: Ausschluss, weniger Einnahmen für Kommunen, weniger Kontrolle und damit auch Verlust von Entscheidungsmacht. Insofern sprechen für eine Rekommunalisierung nicht nur finanzielle Gründe. Rekommunalisierung heißt auch Rückgewinnung von Entscheidungsmacht, von öffentlichem Einfluss. Das Hauptmotiv für eine Rekommunalisierung darf aber nicht die Gewinnorientierung sein. Dies wäre eine falsche Herangehensweise. Entscheidende Kriterien müssen Bürgernähe und Bürgerbeteiligung sein. Viele Kommunen haben kurz nach der Wende im Ver- und Entsorgungsbereich Verträge abgeschlossen, die jetzt auslaufen. Daher gäbe es jetzt die Möglichkeit, die Art und Weise der Aufgabenwahrnehmung durch die Kommune neu zu regeln. Die Ratsmitglieder im Weimarer Land haben sich vor vier Wochen für eine Rekommunalisierung der Müllabfuhr entschieden.

#### **7. Daseinsvorsorge und Sparkassen:**

Sparkassen spielen als öffentlich-rechtliche Bankinstitute bei der flächendeckenden Versorgung mit Finanzdienstleistungen eine wichtige Rolle. Sie sind auch die Hauptsponsoren für Projekte in den Bereichen Kultur und Sport. Die Sparkasse ist für viele Bürgerinnen und Bürger der Zugang zu kommunaler Politik. Aufgrund der Finanznöte der Kommunen geraten die Sparkassen immer mehr unter Druck. Ein Verkauf von Vermögen der Sparkassen könnte zwar kurzfristig die Situation der öffentlichen Haushalte entspannen, bedeutet jedoch längerfristig einen Verzicht auf strukturpolitische Entscheidungen und eine Ausdünnung der flächendeckenden Versorgung mit Finanzdienstleistungen. Daher hatte die Rot-Rote Regierung in Mecklenburg-Vorpommern durch die Änderung des Sparkassengesetzes einer Privatisierung von Sparkassen einen Riegel vorgeschoben. Dadurch konnte die Privatisierung der Stralsunder Sparkasse verhindert werden.

#### **8. Daseinsvorsorge und Finanzausstattung der Kommunen:**

Mit Wettbewerbsinstrumenten löst man nicht die Probleme der Unterfinanzierung des öffentlichen Sektors. Städte und Gemeinden brauchen eine verlässliche und nachhaltige Finanzausstattung, damit öffentliche Leistungen öffentlich erbracht werden können. Der Hauptgrund für Privatisierung und Ausverkauf von öffentlichem Eigentum

sowie Öffentlich Private Partnerschaft (ÖPP) ist nach wie vor die desolate Finanzlage der Kommunen. Fast jede dritte Kommune, darunter vor allem Großstädte (72 Prozent), hat in der Vergangenheit Privatisierungen durchgeführt. Jede sechste Kommune plant in den nächsten drei Jahren weitere Privatisierungen. Um diesem Trend entgegenzuwirken, muss die bestehende strukturelle Schieflage der kommunalen Finanzausstattung im föderalen System dauerhaft und nachhaltig überwunden werden. Die Kommunen brauchen Stabilität und Planungssicherheit, aber auch nominal deutlich höhere Einnahmen. Eine der wichtigsten eigenständigen Einnahmenquelle ist für die Städte und Gemeinden die Gewerbesteuer. Eine Gemeindefinanzreform, darin eingeschlossen eine Reform der Gewerbesteuer, steht nach wie vor auf der Tagesordnung und ist eine der zentralen Fragen der Zukunft der Kommunen.

#### **9. Daseinsvorsorge und offene Fragen:**

Wie kann unter partizipativen Gesichtspunkten ein Krankenhaus funktionieren? Sollten Mandatsträgerinnen und -träger der Linken ihre Sitze in Aufsichtsräten öffentlicher Unternehmen ausschreiben und sachkundigen Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellen? Wie kann die Kontrolle öffentlicher Unternehmen einschließlich der Gremien (Verwaltungsräte, Aufsichtsräte) demokratisiert werden? Wie können Privatisierungen durch Formen direkter Demokratie verhindert werden? Kann es für Gesellschafterverträge demokratischen Mindeststandards geben, und wie müssten diese aussehen? Welche Rolle sollen öffentlich-rechtliche Kreditinstitute zukünftig spielen? Wie sehen Perspektiven für eine aktive Arbeitsmarktpolitik aus?

#### **10. Daseinsvorsorge und öffentliches Eigentum – eine wichtige strategische Frage der DIE LINKE:**

Die kommunalpolitischen Leitlinien der Linkspartei sind ein Handlungs- und Orientierungsrahmen für kommunale Mandatsträgerinnen und -träger der Linken. Sie bieten Ansatzpunkte für eine linke Kommunalpolitik. Solidarisch, sozial gerecht und demokratisch, daran muss sich Kommunalpolitik der Linken tagtäglich messen lassen, auch in Fragen der Daseinsvorsorge und öffentlichen Eigentums. Öffentliches Eigentum muss mit Bürgernähe und Bürgerbeteiligung zusammengebracht und zusammengedacht werden.

# Anhang

## Beispiele aus der Praxis

<http://kommunalverwaltung.verdi.de/themen/rekommunalisierung>

### Wieder unter das kommunale Dach: Immer mehr Städte und Gemeinden holen Dienstleistungen zurück



Berlin – Mal ist es die Reinigung, mal sind es die Bauhöfe, dann wieder die Abfallwirtschaft, teilweise auch die Stadtwerke. Während in einigen Kommunen munter weiter auf „Privatisierung“ gesetzt wird, holen sich andere Städte und Gemeinden längst zurück, was sie einst teilweise lautstark ausgegliedert haben. Und damit ist klar: Während der Privatisierungszug vor ein paar Jahren noch nur in eine Richtung fuhr und den Anschein erweckte, als würde er jeden Bereich erfassen, gibt es einen ersten Trend in die andere Richtung.

Rekommunalisierung ist kein Indiz dafür, dass die Städte und Gemeinden finanziell gesehen aufatmen können. Im Gegenteil: Vielen Kommunen steht das Wasser nach wie vor bis zum Hals. In den vergangenen Jahren wurde auf Geldnot mit Ausgliederung reagiert und mit echter Privatisierung. Die Folge: Personal wurde abgebaut – tatsächlich und vor allem auf dem Papier. Denn bei einer Ausgliederung verschwanden mit einem Federstrich oft hunderte Mitarbeiter aus der Personalliste der Kommune. Und mit diesem Federstrich hatten die Kommunen weniger Personalkosten auszuweisen.

Vor allem bei der Abfall-Verwertung, den Krankenhäusern und der Energieversorgung entschieden sich viele Kommunen für die Privatisierung. Hier liegt die Privatisierungsquote bundesweit gesehen bei über 90 Prozent. Demgegenüber liegt die Privatisierungsquote bei den Bauhöfen, den Kitas, den Grünflächenämtern, den Sportstätten oder den kulturellen Einrichtungen mit unter 20 Prozent relativ niedrig.

Mit der Privatisierung verloren die Städte auch politischen Einfluss, der Betrieb entzog sich der öffentli-

chen Kontrolle. Kritiker der Privatisierung hatten diese Auswirkungen immer wieder vorhergesagt, meist blieben sie ungehört. Doch sie sollten nicht nur bei den Folgen der Privatisierung Recht behalten, sondern auch bei den Kosten. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, dass die Privaten letztendlich nicht billiger sind als die kommunalen Dienstleister. Kommunen, die nun rekommunalisieren, haben genau das festgestellt: Die Kommunalen können die jeweilige Dienstleistung ebenso günstig anbieten wie die Privaten – und oft erbringen die kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Leistung besser als die Privaten.

Heißt Rekommunalisierung deshalb, dass alles wieder so wird wie vor der Privatisierung? Nein, das heißt es nicht. Mit dem Zurückholen der Dienstleistung geht in der Regel eine Binnenmodernisierung einher: Die Orientierung an ökonomischen Leitbildern bestimmen nun das betriebliche Handeln. Die Folge: Rationalisierungsreserven werden ausgeschöpft. Oder wie es eine Personalrätin ausdrückte: „Wir konnten die Dienstleistung nur zurückholen, indem wir alle Bereiche, alle Arbeitsschritte optimiert haben.“

Rekommunalisierung ist ein Weg, Arbeitsplätze bei den Städten und Gemeinden zu erhalten und neue zu schaffen. Damit ist auch gewährleistet, dass für die Kolleginnen und Kollegen weiter der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes gilt, dass nicht nur eine gesetzliche, sondern mit der Zusatzversorgung auch eine „betriebliche“ Altersvorsorge gilt.

Rekommunalisierung bedeutet, dass die Daseinsvorsorge weiter in öffentlicher Hand bleibt. Davon profitiert die kommunale Politik durch direkten Einfluss auf die Dienstleistung, ihren Preis und die Qualität. Und das kommt all jenen zugute, die nicht zu den gut und sehr gut Verdienenden gehören.

### Hannover holt Prüfstatiker zurück in die Kommune

Hannover – Privatisierungen können sich als das Gegenteil von dem entpuppen, als das sie gedacht waren. Wenn sie nämlich die Kommunen unterm Strich teurer kommen. Wie die Teilprivatisierung der Prüfstatik in Hannover. Nun will die Stadt diese Arbeiten wieder weitgehend kommunal erledigen. Die endgültige Entscheidung über die Schaffung der Stellen für die beiden Prüfstatiker soll in den kommenden Wochen fallen.

Aufträge wurden in der Vergangenheit meist an Private vergeben, sagt Matthias Schrade, Personalrat der Stadt. Auch in Zukunft würden private Statiker im Auftrag der Stadt die Statik von Gebäuden überprüfen. Die Privaten sollen künftig beispielsweise Arbeitsspitzen abfangen. Für das normale Geschäft sollen zwei kommunale Prüfstatiker eingestellt werden.



Woher kommt der Sinneswandel der Verantwortlichen in Hannover, die in den vergangenen Jahren massiv Personal auch in diesem Bereich abgebaut haben und der Meinung waren, die Aufgaben könnten in größerem Umfang von Privaten erledigt werden? Den Ausschlag gab das Geld. Denn Berechnungen der Stadt haben ergeben, dass es für die Stadt günstiger kommt, wenn sie eigene Prüfer beschäftigt – nämlich um 30 Prozent.

Die Rechnung ist einfach: Prüfstatiker werfen einen kritischen Blick auf die Berechnungen und Darlegungen der Statiker und überprüfen, ob die Statik des Gebäudes tatsächlich sicher ist oder ob vielleicht doch zum Beispiel Balken verstärkt werden müssen. Ohne das Okay des Prüfstatikers gibt es keine Baugenehmigung. Die Bauherren müssen die Arbeit der Prüfstatiker bezahlen – und zwar gemäß der entsprechenden Gebührenordnung. Die Rechnung der Stadt Hannover: Werden zwei Prüfstatiker eingestellt, dann erwirtschaften die beiden Mitarbeiter aller Voraussicht nach jeweils 30 000 Euro. Dabei sind ihre Gehälter schon abgezogen.

Oktober 2006

### **Die Kommune spart – trotz kommunaler Reinigung**

Freiburg – Wenn Kommunalpolitiker über Einsparungen von Personalkosten brüten, denken sie meist zuerst an die kommunalen Reinigerinnen – wenn es sie überhaupt noch gibt. Und damit sind genau die Beschäftigten benachteiligt, die ohnehin auf dem Arbeitsmarkt keine guten Karten haben. Dass die Kommunen sehr wohl eine Wahl haben und nicht privatisieren müssen, wenn sie Kosten sparen wollen, das beweist die Stadt Freiburg im Breisgau.

Die Ausgangssituation in Freiburg unterschied sich nicht sonderlich von der in anderen Städten: Anfang der 90er Jahre gehörten 450 Mitarbeiterinnen zur Eigenreinigung der Stadt. Sie putzen alles: Schulen, Kindergärten, Horte, Büros, Bürgerhäuser, öffentliche WCs. Seit Mitte der 90er Jahre wurde dann nach und nach die Reinigung an Private vergeben – immer nach dem Motto: Private machen das billiger und besser. Die kommunale Reinigung schrumpfte und schrumpfte. Doch schon 2002 wurde deutlich: Die Privaten putzen zwar billiger, aber auch schlampiger. Im November 2003 passierte ein Konzept den Gemeinderat, das folgendes vorsah: Die Gebäudereinigung hatte 18 Monate Zeit, die Abläufe zu optimieren und 10 bis 15 Prozent der Kosten einzusparen.

Zusammen mit den Reinigungskräften wurden neue Arbeitszeitmodelle entwickelt, Teams gebildet und Vertretungsregelungen erarbeitet. Neue Maschinen und Reinigungswagen wurden angeschafft. Allerdings wurden auch die Anforderungen erhöht. Die Reinigungskräfte sind nun für eine größere Fläche zuständig. Außerdem wurde ein Jahresarbeitszeitmodell entwickelt. Insgesamt wurden mit der neuen Organisation 1 324,75 Arbeitsstunden eingespart, was 34,4

Stellen entspricht. Daraufhin wurden Aufträge, die bisher an Private vergeben waren, wieder zurückgeholt.

Die Bilanz: Insgesamt werden durch die Neuorganisation 800 000 Euro pro Jahr gespart. Zudem hat sich der Krankenstand von 10,75 Tage auf 8,7 Tage pro Mitarbeiterin und Jahr reduziert, trotz des Anteils von Schwerbehinderten unter den Beschäftigten von 14 Prozent. 25 Zeitverträge wurden in unbefristete Stellen umgewandelt. Doch die Neuorganisation ist noch nicht am Ende. Die Macher haben weitere Einsparungen im Blick – nämlich 750 000 Euro in den nächsten fünf Jahren. Aber eines ist klar: Die Reinigungskräfte sollen die neuen Einsparungen nicht erbringen. „Wir wissen, dass die Schraube nicht immer mehr angezogen werden kann“, betonen die Verantwortlichen. Vielmehr soll es darum gehen, bessere Maschinen, andere Reinigungsarten einzusetzen. Und schon beim Bau eines Gebäudes soll verstärkt auch auf die Folgekosten geachtet werden, auf eine leichte Reinigung der Fenster und des Bodens – also entsprechende Beläge zum Beispiel.

Weiter unter: [http://schulen.verdi.de/veranstaltungen/4.\\_bundesfachtagung/](http://schulen.verdi.de/veranstaltungen/4._bundesfachtagung/)

### **Ein bisschen teurer, aber deutlich besser**

#### **Dortmund holt Reinigung zurück unter das kommunale Dach**

Dortmund – In Dortmund werden wieder mehr Gebäude von kommunalen Reinigungskräften geputzt. Private Anbieter werden nicht mehr als schillernde Alternative dargestellt, deren Mitarbeiter die Arbeit einfach günstiger erledigen. Im Gegenteil: Inzwischen bestreitet kaum noch jemand, dass die kommunalen Reinigungskräfte sogar besser als die Privaten putzen. Schlicht weil sie nicht nur einen Vertrag erfüllen, sich nicht nur als Reinigungskräfte fühlen, sondern als diejenigen, die durch richtige Pflege dafür sorgen, dass die Gebäude, die Möbel länger halten.

Kaum muss man erwähnen, dass es in Dortmund lange Jahre nicht anders zugeht als in vielen anderen deutschen Städten: Angesichts der leeren öffentlichen Kassen wurden nach und nach Private mit der Reinigung von Schulen und Ämtern beauftragt. Mitte der 80er Jahre zählte die Stadt etwa 700 Reinigungskräfte, doch dann wurden frei werdende Stellen nicht mehr besetzt und die Objekte gingen an private Anbieter. Zehn Jahre später zählte der kommunale Reinigungsdienst noch 380 Beschäftigte. Sie reinigten nur noch etwa jedes dritte städtische Gebäude. 1998 stellte der Rat eine Bedingung: Solange nicht nachgewiesen ist, dass städtische Reinigungskräfte wirtschaftlich arbeiten, solange sollte keine weitere Reinigungskraft eingestellt werden.

Der Personalrat sah in dieser Konstellation eine Herausforderung. Denn er zweifelte nicht daran, dass die städtischen Reinigungskräfte sehr wohl mit den privaten konkurrieren können. Der Personalrat setzte deshalb alles daran, den Kämmerer davon zu überzeugen

gen, dass es sich lohnt, den kommunalen Reinigungsdienst auf wirtschaftlich sichere Beine zu stellen. Und der Kämmerer ließ sich überzeugen und holte Unternehmensberater mit ins Boot.

### **Neue Arbeitszeitmodelle ausgetüftelt**

In den folgenden dreieinhalb Jahren – so lange hatten die Macher Zeit – wurde kräftig umorganisiert, erzählt der stellvertretende Personalratsvorsitzender Jörg Markau. Es wurden neue Arbeitszeitmodelle ausgetüftelt, es wurde über bessere Arbeitsabläufe nachgedacht und neue Technik angeschafft. Die Reinigungsbezirke wurden anders verteilt, Objekteinheiten eingeführt. Das Ergebnis: Die Kosten für die städtische Reinigung wurden um knapp ein Drittel reduziert. Der Anteil der Gebäude, die die Stadt nun wieder in Eigenregie reinigt, liegt bei 52 Prozent, die Rate könnte gar noch steigen. 110 Kolleginnen und Kollegen sollen eingestellt werden, 60 davon sind schon da. Viele der neuen Kolleginnen und Kollegen haben auch bisher schon kommunale Objekte gereinigt – allerdings für private Anbieter.

Nach wie vor sind die Privaten günstiger, stellt Markau fest. Vor der Umstrukturierung waren es gar 35 Prozent, nun liegt der Unterschied „im einstelligen Bereich“. Der Grund ist vor allem darin zu suchen, dass die Privaten ihre Reinigungskräfte weit schlechter bezahlen als die Kommunen. Außerdem: Die Qualität der Reinigung ist höher, wenn die kommunalen Reinigungsrinnen und Reiner anrücken. Kurz: Die Öffentlichen sind ein bisschen teuer, aber deutlich besser.

### **Substanzerhaltung im Visier**

Und es geht jetzt nicht nur um die Reinigung, sondern um die Pflege. Das heißt: Der Reinigungsdienst hat die Erhaltung der Gebäude, der Möbel im Fokus. „Jetzt geht es auch um Substanzerhaltung“, betont der stellvertretende Personalratsvorsitzende, darum, dass mit der richtigen Pflege die Möbel, die Böden länger halten. Denn auch damit schont die Stadt das Budget. Früher sei das Thema Substanzerhaltung eher klein geschrieben worden, heißt es.

Übrigens: Dass sie nun für die Substanzerhaltung zuständig sind, hat auch das Selbstbewusstsein der Reinigungskräfte erhöht. Und der Reinigungsdienst wird inzwischen einbezogen, wenn es darum geht, neue Böden, neue Möbel anzuschaffen. Denn ein vermeintlich billiger Bodenbelag kann sich als Geldfresser erweisen – dann nämlich, wenn er nur teuer gereinigt werden kann. Und noch was: Jeder, der nun bei der Reinigung arbeiten möchte, muss deutsch lesen und verstehen können. „Im eigenen Interesse und im Interesse der Kommune“, betonten die Personalräte. Denn die Reinigungskräfte hantieren mit teilweise äußerst scharfen Reinigungsmitteln. Sie müssen die Gebrauchsanweisungen lesen und Verstehen könnten, was die Vorarbeiterin sagt – nicht nur, damit die Lebensdauer von Stühlen, Schränken und Böden verlängert wird. Vor allem, weil die Reinigungsmittel auch die Gesundheit der Frauen und Männer angreifen kann, wenn sie nicht entsprechend dosiert werden.

### **Logistik total umgekrempelt**

### **Abfallentsorgung nun wieder in der Hand des Landkreises**



Soltau-Fallingb. – Von wegen billiger und besser – die Abfallentsorgung ist bei den Privaten nicht unbedingt besser aufgehoben als bei den Kommunen. Obwohl gerade die politisch Verantwortlichen dies in vielen Städten weiterhin propagieren. Die Kommunen beziehungsweise deren Ämter oder deren Eigenbetriebe können genauso günstig arbeiten – heißt es inzwischen im niedersächsischen Landkreis Soltau-Fallingb. Meist sind kommunale Abfallentsorger auch zuverlässiger und damit besser. Der Ruf nach den Privaten ist in dem Landkreis derweil nirgends mehr zu hören. Doch bis es soweit war, brauchte es praktische Überzeugungsarbeit.



Die Zäsur kam mit der Verschmelzung der Landkreise Soltau und Fallingb. Der Grund: In Soltau leeren Private die Mülltonnen, in Fallingb. war dies immer noch Aufgabe des Kreises. Allen war klar: Der neue Flächenkreis mit seinen 140.000 Einwohnern auf 1800 Quadratkilometern konnte sich den Luxus von zwei Systemen nicht leisten. Wer sollte den Müll künftig entsorgen – die Privaten oder die Kommune?

„Wir haben ein Konzept erarbeitet und es dem Fachausschuss vorgelegt“, erzählt Rainer Jäger, der Werksleiter des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft. „Ver-einheitlichung“ – lautete das Ergebnis des Konzepts. Nur wenn sich der Kreis auf ein System beschränkt, seien wesentliche Einsparungen zu erzielen. Damit war aber immer noch nicht geklärt, welches Konzept das Rennen macht. Der nächste Schritt: „Wir haben die Abfallwirtschaft komplett auf den Kopf gestellt“, sagt Jäger. Das heißt: Die Logistik der kommunalen Abfallwirtschaft wurde im Detail unter die Lupe genommen.

Da im Landkreis keine Anlagen zur Müllvorbehandlung vorhanden sind, muss der Abfall erst eingesammelt, dann in einen anderen Landkreis zur Vorbehandlung gefahren und von dort der Rest wieder zurückgeholt und letztendlich entsorgt werden. Schon allein durch das Einsammeln des Mülls kommen bei einem Flächenkreis ständliche Kilometer und Stunden an Fahrzeit zusammen, die Vorbehandlungsprozedur erhöhte diesen Aufwand noch – schon gar, wenn klassisch eingesammelt wird. Das heißt: Ein Fahrer, zwei Lader. Die Mannschaft leert so viele Mülltonnen, bis der Müllwagen voll ist, und fährt dann zur dezentralen Containerstelle, lädt den vollen Container ab und nimmt einen leeren mit. Diese Container wiederum werden von anderen Fahrzeugen geleert. „Wir haben die Abläufe total getrennt, eine neue Logistik installiert“, betont Jäger. Das Ergebnis: „Wir können mit den Privaten konkurrieren.“

Das Altpapier wird übrigens weiterhin von Privaten abgeholt. Bisher noch. Dabei zeigt sich immer wieder: Die Privaten sind günstig, aber sie sparen an wichtigen Qualitätsstandards, so ist ihr Service oft schlecht. Wenn sich die Bürger beschwerten, weil die Papierberge sich vor ihrer Haustür türmen, müssen letztendlich doch wieder die kommunalen Müllwerker ausrücken. Dass er seine Leute überhaupt rausschicken kann, die das Ganze letztendlich retten – ohne tagelange Vorwarnzeiten, das wertet Jäger eindeutig als Vorteil.

Arbeitsplätze wurden bisher keine geschaffen, aber auch keine abgebaut. Für Jäger ist wichtig: „Wir haben Arbeitsplätze gesichert.“ Und er hat seit langem niemand mehr im Rat gehört, der über eine mögliche Privatisierung der Abfallentsorgung diskutiert. (Text: Jana Bender/Janaur 2007)

## Lüneburg entsorgt selbst

**Landkreis vergibt Müllabfuhr an kommunales Unternehmen. Das profitiert davon, dass es auch die örtliche Verwertungsanlage und die Deponie betreibt. Städte praktizieren das schon seit langem**  
von Gernot Knödler

Privatfirmen erbringen öffentliche Dienstleistungen nicht unbedingt billiger. Das hat sich gerade wieder im Landkreis Lüneburg gezeigt, wo eine kommunale Firma eine internationale Ausschreibung für die Müllabfuhr gewann. Die Gesellschaft für Abfallwirtschaft (GfA) verlangt ein Fünftel weniger als die private Firma, die seit 14 Jahren die Mülltonnen im Landkreis leert.

Die GfA kommt bei der Müllabfuhr im Kreis erstmals zum Zuge, obwohl sie dem Kreis zur Hälfte gehört. Die Gesellschaft ist 1981 von der Stadt und dem Landkreis gegründet worden, um das wachsende Müllproblem zu bewältigen. Sie baute eine neue Mülldeponie, die den verschärften Anforderungen an die Abfallentsorgung entspricht. Außerdem hat sie eine Reihe von Abfallbehandlungsanlagen errichtet – etwa ein Kompostierwerk und eine mechanisch-biologische Anlage, in der der Müll zur Deponierung aufbereitet wird. 1996 hat das Unternehmen auch die Müllabfuhr in der Stadt Lüneburg übernommen.

Dass sich die GfA bei der Ausschreibung im Kreis durchsetzen konnte, erklärt Geschäftsführer Hubert Ringe mit dem Standortvorteil seines Unternehmens. „Wir können Synergieeffekte nutzen“, sagt er. Die GfA verfüge bereits über die nötigen Grundstücke. Den Fahrzeug- und Mitarbeiterpool will Ringe zwar aufstocken. Dafür müsse er aber weniger Ersatzfahrzeuge vorhalten, so Ringe. Zugegebenermaßen sei das Angebot „knapp kalkuliert“. Anders als andere Anbieter spare die GfA aber nicht an den Gehältern. „Wir zahlen nach Tarif“, sagt Ringe.

Während nur 14 von 39 niedersächsischen Landkreisen ihren Müll von eigenen Betrieben abholen lassen, setzen die kreisfreien Städte fast sämtlich auf dieses Konzept. Nur Braunschweig hat ein Privatunternehmen beauftragt. Der Grund für diesen Unterschied liege wohl in der bisherigen Müllentsorgungsgeschichte von Stadt und Land, vermutet Wolfgang Kix vom Niedersächsischen Landkreistag. Die Städte hätten sich schon früh um die Entsorgung kümmern müssen, während auf dem Land die Dörfer lange für ihre Müllabfuhr verantwortlich waren und sich durchwursten. Erst in den 70er Jahren sei die Zuständigkeit auf die Landkreise übertragen worden.

Einen Trend zur Rekommunalisierung der Abfallentsorgung kann Kix nicht erkennen. Jede Gebietskörperschaft müsse, sobald ein Entsorgungsvertrag auslaufe, neu überlegen, was die günstigste Lösung sei. Eine eigene Müllabfuhr eigens aufzubauen, werde sich in der Regel aber nicht lohnen.



Derzeit gebe es eine Mixtur aus öffentlichen und privaten Entsorgern. Eine Abfallbeseitigung allein durch Privatfirmen wäre aufgrund der Konzentrationsstendenz in der Branche auf lange Sicht teurer als die kommunale, vermutet er. „Wir fühlen uns als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger als Hüter des Wettbewerbs, weil wir kleine Entsorgungsfirmen beauftragen“, sagt Kix.

taz Nord vom 8.2.2007, S. 22, 99 Z. (TAZ-Bericht), Gernot Knödler

### **Wieder Selbstentsorger**

Der Landkreis Lüneburg hat seine Müllabfuhr an das kommunale Unternehmen „Gesellschaft für Abfallwirtschaft“ (GfA) vergeben. Die GfA konnte bei internationale Ausschreibung ein um ein Fünftel niedrigeres Angebot unterbreiten als die Konkurrenz. Seit 14 Jahren hatte eine privatfirma die Mülltonnen im Landkreis entleert.

Die nun erstmals zum Zuge kommende GfA wurde 1981 gemeinsam von Stadt und Landkreis Lüneburg gegründet, baute eine Mülldeponie, unterhält mehrere Abfallbehandlungsanlagen, darunter auch eine mechanisch-biologische. Seit 1996 besorgt das kommunale Unternehmen die Müllabfuhr in Lüneburg Stadt. Dass sich die GfA durchsetzen konnte, führt ihr Geschäftsführer, Hubert Ringe, auf Synergieeffekte zurück, die eine so kostengünstige Kalkulation ermöglichen, obwohl man die Mitarbeiter im Gegensatz zur privaten Konkurrenz nach Tarif bezahle.

In Niedersachsen lassen nur 14 von 39 Kreisen ihren Müll von kommunalen Unternehmen entsorgen, während bei den kreisfreien Städten nur Braunschweig ein Privatunternehmen beauftragt. Den Grund dafür sieht Wolfgang Kix (NDS Landkreistag) in der Geschichte, weil sich die Städte schon früh um eine Eigenentsorgung Gedanken machen mussten, während das Land und die Dörfer beim Müll lange die Zügel schleifen ließen. Einen Trend zur Rekommunalisierung erkennt Kix allerdings noch nicht.

AKP. Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik, März/April 2007

### **Trend Rekommunalisierung hält an**

Immer mehr öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger führen bislang an Dritte vergebene Logistikleistungen wieder selber durch. Jüngstes Beispiel ist der Landkreis Lüneburg.

Im Landkreis Lüneburg wird der Restmüll ab 2008 wieder durch die kommunale Gesellschaft für Abfallwirtschaft Lüneburg mbH selbst abgefahren. Diese hatte sich in einer europaweiten Ausschreibung gegen die inländische private Konkurrenz durchgesetzt. Gegenüber dem bestehenden Vertrag mit einem beauftragten Dritten wird eine Kostenersparnis von 20 % erreicht. Diese soll den Bürgern in Form einer Gebührensenkung zugute kommen.

Damit steht der Landkreis Lüneburg in einer mittlerweile langen Reihe von Entsorgungsträgern, die ebenfalls privatisierte Sammelleistungen zurückgeholt haben. Dazu gehören der Rhein-Sieg-Kreis, die Kreise Bergkamen, Unna, Uckermark, Aachen, Neckar-Odenwald, Rhein-Hunsrück und der Muldentalkreis. Das alte Klischee von der der effektiven Privatwirtschaft und der Unwirtschaftlichkeit der öffentlichen Verwaltung haben diese Kreise widerlegt. Erstaunlich ist dabei, dass trotz der erzielten Kosteneinsparungen genug Spielraum für eine tarifkonforme Bezahlung vorhanden ist. Bei zahlreichen privaten Entsorgern ist dies leider keine Selbstverständlichkeit mehr.

Quelle: EUWID 2/2007

### **Konzessionen auf dem Prüfstand**

#### **DStGB-Präsident Roland Schäfer im Interview**

*Interview:* Vanessa Keppler

**DNK:** Herr Schäfer, die Stadt Bergkamen überprüft seit einigen Jahren auslaufende Konzessionsverträge. Statt der allgemeinen Privatisierungswelle zu folgen, haben Sie einige Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge rekommunalisiert. Haben Sie mit privatwirtschaftlichen Anbietern schlechte Erfahrungen gemacht?

**Schäfer:** Um eines gleich vorweg zu sagen: Ich bin kein Privatisierungsgegner. Die Diskussion um Privatisierung versus Rekommunalisierung ist keine ideologische Diskussion. Ich bin nur dagegen, alles kritiklos fremd zu vergeben. Wenn eine Stadt die Möglichkeit hat, beispielsweise mit der Stromversorgung Geld zu verdienen oder den Bürgern niedrigere Gebühren anzubieten, sollte sie diese Gelegenheit wahrnehmen. Arbeiten private Unternehmen wirtschaftlicher, bekommen sie den Zuschlag. Wir haben also in den vergangenen Jahren auch Privatisierungen vorgenommen: So haben wir beispielsweise die Reinigungsdienste der Stadt zweimal europaweit ausgeschrieben und damit vollständig privatisiert. Die jährliche Ersparnis liegt bei rund 300.000 Euro.

Im städtischen Bäderbereich haben wir ein Hallenbad an einen privaten Betreiber verkauft und bei dem übrigen Bereich (Hallenbad, Freibad, Eissporthalle) die Organisationsform gewechselt und damit eine formelle Privatisierung vorgenommen. Bei unserer Wertstoffsammelstelle haben wir den Betrieb an ein privatwirtschaftliches Unternehmen des Kreises Unna vergeben.

Schlechte Erfahrungen haben wir mit unseren privaten Partnern in keinem Fall gemacht. Wir wollten nur kein Geld verschenken.

**DNK:** Wann haben Sie Ihre erste Rekommunalisierung in Bergkamen durchgeführt? Was hat Sie dazu veranlasst?

**Schäfer:** Im Jahr 1990, einige Zeit vor Ablauf unserer Konzessionsverträge in der Stromversorgung, äußerten wir die Idee, diesen Bereich nicht erneut an die

damalige Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) zu vergeben, sondern einen Eigenbetrieb zu gründen. Eine Tageszeitung berichtete darüber, und noch am selben Tag rief mich ein Mitarbeiter der VEW an, um gleich einen Gesprächstermin zu vereinbaren. Er zeigte spontan ein ganz starkes Interesse, was mir zeigte, dass es möglich sein musste, mit dem Geschäft viel Geld zu verdienen.

Nach diesem Schlüsselerlebnis haben wir uns entschieden, ein pauschales Gutachten in Auftrag zu geben, um alle drei Alternativen zu überprüfen: Verlängerung der Konzession, Eigenbetrieb oder gemischtwirtschaftlicher Betrieb.

Das Gutachten ergab, dass sich ein Eigenbetrieb rechnen könnte. Aus meiner Sicht wäre ein gemischtwirtschaftlicher Betrieb gemeinsam mit der VEW die optimale Lösung gewesen. Aber die VEW hatte darauf spekuliert, alles zu übernehmen, und hatte darauf gepokert, dass wir der Aufgabe nicht gewachsen wären. Gleichzeitig zeigte sich, dass auch die Konzessionsverträge unserer Nachbargemeinden Bönen und Kamen ausliefen. Wir führten also interkommunale Gespräche, und am Ende gründeten wir im Jahr 1994 Gemeinschaftsstadtwerke. Wir haben zunächst das Stromnetz und später auch das Gasnetz von der VEW gekauft und Anfang 1995 den Betrieb aufgenommen.

**DNK:** Wie haben Sie den Kauf des Netzes finanziert?

**Schäfer:** Für den Erwerb der notwendigen Infrastruktur und den Aufbau des Betriebs haben wir damals 15 Millionen Mark aufgenommen. Schon vom ersten Betriebsjahr an konnten wir schwarze Zahlen schreiben. Ohne dass wir die Strompreise erhöhen mussten, können wir jedes Jahr neben der Verlusttragung des Bäderbereichs in Höhe von rund 1,6 Millionen Euro einen kleinen Gewinn ausschütten. Im Jahr 2004 lag der Gewinn bei 376.000 Euro. Preislich sind wir absolut wettbewerbsfähig. Unsere Kunden zahlen nicht mehr als die Kunden der Yello Strom GmbH.

**DNK:** Welche Bereiche haben Sie als Nächstes unter die Lupe genommen?

**Schäfer:** Als der Konzessionsvertrag im Bereich der Straßenreinigung auslief, stellte sich heraus, dass wir auch diese Leistung deutlich günstiger anbieten konnten als der privatwirtschaftliche Dienstleister. Unser Wettbewerbsvorteil begründet sich zunächst einmal aus der Tatsache, dass wir nicht Mehrwertsteuerpflichtig sind. Hinzu kommt, dass wir eigenes Personal einsetzen können, keinen unternehmerischen Gewinn erzielen müssen und kaum Overhead haben. Wir haben die Straßenreinigung also am 1. Januar 2002 von der Rethmann-Gruppe übernommen und eine Gebührensenkung von 25 Prozent an die Anlieger weitergegeben. Anschließend haben wir den Entsorgungsbetrieb Bergkamen gegründet. Am 1. Juli 2006 haben wir schließlich die Abfallentsorgung rekommunalisiert. Wir konnten die 35.000 Tonnen von unserem früheren Konzessionsträger, der Remondis AG, übernehmen. Die Fahrzeuge hingegen mussten wir neu anschaffen. Den Abfuhrbereich kön-

nen wir um 30 Prozent billiger anbieten als Remondis. Anders als im Bereich der Straßenreinigung können wir diese Einsparung nur leider nicht vollständig an die Bürger weitergeben. Denn die Müllverbrennung schlägt kräftig zu Buche, und dieser Preis wird uns über den Kreis Unna von der Müllverbrennungsanlage diktiert. Unter dem Strich können wir die Abfallgebühren um 15 Prozent senken.

Als Nächstes untersuchen wir, ob die Wasserversorgung dauerhaft bei Gelsenwasser bleiben muss.

**DNK:** Was passiert, wenn sich herausstellt, dass die Leistungsfähigkeit der Eigenbetriebe nachlässt und eine privatwirtschaftliche Lösung effizienter wäre?

**Schäfer:** Wir werden uns regelmäßig einem Benchmarking mit anderen Wettbewerbern stellen. Unterliegen wir, wäre es vorstellbar, dass wir die Abfallentsorgung und Straßenreinigung wieder fremd vergeben. Bei den natürlichen Monopolen Strom, Gas und Wasser stehen zwar erhebliche Investitionen dazwischen. Dennoch ist es auch hier nicht ausgeschlossen, dass diese Bereiche eines Tages wieder an die Privatwirtschaft zurückgehen. Entscheidend ist die Gewinnsituation.

**DNK:** Was empfehlen Sie den Kommunen zum Thema Rekommunalisierung in Ihrer Funktion als Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes?

**Schäfer:** Jede Kommune muss über die Sinnhaftigkeit einer Rekommunalisierung vor Ort entscheiden. Es gibt kein Patentrezept.

Der Neue Kämmerer, 2006, Ausgabe 3

# Bürgerbegehren gegen Privatisierungen

Lfd Nr.	Gemeinde	Thema	Wie eingeleitet?	Ergebnis	Jahr
1	Ottobeuren	Privatisierung der Trinkwasserversorgung	2. Ratsreferendum	BE nicht im Sinne des Begehrens	2001
2	Fürth, Bay	Stopp Privatisierung und Müllimport nach Fürth	1. a (genauer:) Initiativbegehren	BE nicht im Sinne des Begehrens	1996
3	Neumünster	Privatisierung Krankenhaus	1. Bürgerbegehren	Unzulässig	1994
4	Kassel	Wasser-Privatisierung II	1. Bürgerbegehren	Offen	2006
5	Stralsund	Gegen Privatisierung Sparkasse	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	Positiv erledigt durch neuen Gemeinderatsbeschluss	2003
6	Idstein	Gegen Privatisierung Hallenbad	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	Positiv erledigt durch neuen Gemeinderatsbeschluss	2001
7	Coburg	Gegen Privatisierung des Krankenhauses	1. a (genauer:) Initiativbegehren	BB nicht eingereicht	1995
8	Lauenburg, Elbe	Rücknahme der Privatisierung der Gebäudereinigung	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	Unzulässig	2004
9	Pinneberg	gegen Privatisierung des Rettungsdienstes	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	Kompromiss	2004
10	Landau i d Pfalz	Gegen Privatisierung der Müllabfuhr	1. Bürgerbegehren	Positiv erledigt durch neuen Gemeinderatsbeschluss	2003
11	Lübeck	Gegen die Privatisierung der Entsorgungsbetriebe	1. Bürgerbegehren	Offen	2006
12	Haldensleben	gegen Privatisierung des Klinikums	1. Bürgerbegehren	Offen	2006
13	Fuerstenfeldbruck	Gegen Privatisierung der Müllverbrennungsanlage	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	Positiv erledigt durch neuen Gemeinderatsbeschluss	1997
14	Wolmirstedt	gegen Krankenhaus-Privatisierung	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	Offen	2006
15	Eichenau bei München	gegen Privatisierung der Müllverbrennungsanlage	1. Bürgerbegehren	Positiv erledigt durch neuen Gemeinderatsbeschluss	1996
16	Werl	Gegen Privatisierung der Kommunalbetriebe Werl (KBW)	1. Bürgerbegehren	BE im Sinne des Begehrens	2002
17	Marktheidenfeld	gegen Privatisierung des Maradies-Bades	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	BE im Sinne des Begehrens	2004
18	Ohrekreis	Gegen Privatisierung Ohrekreis-Klinikum	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	Offen	2007
19	Bad Hersfeld	Gegen Privatisierung Stadtwerke und Teilverkauf	1. Bürgerbegehren	Unzulässig	1997
20	Freiensteinau	gegen Privatisierung der Wasserversorgung in Salz	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	BB nicht eingereicht	2003

Lfd Nr.	Gemeinde	Thema	Wie eingeleitet?	Ergebnis	Jahr
21	Ostvorpommern	Gegen Privatisierung Abfallwirtschaft des Kreises	1. Bürgerbegehren	Unzulässig	1996
22	Bad Wildungen	gegen Privatisierung des Alten- und Pflegeheims Goeckestift	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	Unzulässig	2004
23	Essen	Gegen Privatisierung städtischen Eigentums	1. a (genauer:) Initiativbegehren	BE unecht gescheitert	2006
24	Freiberg	Privatisierung Kreiskrankenhaus	2. Ratsreferendum	BE im Sinne des Begehrens	1994
25	Ibbenbüren	Gegen Privatisierung der Müllabfuhr	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	BE im Sinne des Begehrens	2003
26	Ansbach	„Gegen Privatisierung der Stadtwerke“ „Ja zu eigenständigen Stadtwerken - Kein Teilverkauf	1. Bürgerbegehren	BE in Stichentscheid angenommen	1999
27	Ottobeuren	gegen Privatisierung der Wasserversorgung	1. a (genauer:) Initiativbegehren	BE im Sinne des Begehrens	2001
28	Paderborn	Gegen weitere Privatisierung der Wasserversorgung	1. Bürgerbegehren	BE unecht gescheitert	2000
29	Augsburg	gegen Privatisierung der Wasserversorgung	1. a (genauer:) Initiativbegehren	Positiv erledigt durch neuen Gemeinderatsbeschluss	2004
30	Solingen	Gegen Privatisierung städtischen Eigentums	1. a (genauer:) Initiativbegehren	Offen	2006
31	Babenhhausen, Hess	Gegen die Privatisierung städtischer Kinderhorte	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	Offen	2007
32	Biedenkopf	Gegen Privatisierung der Stadtwerke	1. a (genauer:) Initiativbegehren	BE im Sinne des Begehrens	1993
33	Trochtelfingen, Hohenz	Privatisierung Stromversorgung	2. Ratsreferendum	BE im Sinne des Begehrens	1985
34	Trochtelfingen, Hohenz	Privatisierung Stromversorgung	1. Bürgerbegehren	Unzulässig	1985
35	Düsseldorf	Gegen Verkauf einer Anteilsmehrheit an den Düsseldorfer Stadtwerken	1. Bürgerbegehren	BE im Sinne des Begehrens	2000
36	Münster	Gegen Privatisierung des städtischen Nahverkehrsunternehmens	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	Positiv erledigt durch neuen Gemeinderatsbeschluss	2001
37	Fürth, Bayern	Gegen eine Privatisierung der Stadtentwässerung	1. Bürgerbegehren	Positiv erledigt durch neuen Gemeinderatsbeschluss	2006
38	Bad Salzuflen	Gegen Privatisierung Stadtwerke	1. Bürgerbegehren	BE im Sinne des Begehrens	2002
39	Wuppertal	Gegen Privatisierung d.WSW-Energiesparte	1. Bürgerbegehren	nur angekündigt	2004
40	Bayreuth	gegen Privatisierung der Stadtwerke	1. a (genauer:) Initiativbegehren	Unzulässig	1995

Lfd Nr.	Gemeinde	Thema	Wie eingeleitet?	Ergebnis	Jahr
41	Dresden	Begehren gegen die Privatisierung städtischer Krankenhäuser	1. a (genauer:) Initiativbegehren	Offen	2007
42	Holzminden, Landkreis	Gegen 100%-Privatisierung Krankenhaus	1. Bürgerbegehren	Unzulässig	1997
43	Altenkirchen	Gegen Privatisierung der Krankenhäuser	1. Bürgerbegehren	BE nicht im Sinne des Begehrens	2002
44	Hagen	Gegen Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaft	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	Positiv erledigt durch neuen Gemeinderatsbeschluss	2002
45	Osnabrück	Gegen Privatisierung des städtischen Wohnungsunternehmens OWG	1. Bürgerbegehren	Kompromiss	2002
46	Lindau	Privatisierung des Kreiskrankenhauses (DE)	2. c (genauer:) Ratsreferendum: Gegenvorschlag zu Bürgerbegehren	BE unecht gescheitert	2004
47	Ratingen	Gegen Stadtwerke-Privatisierung	1. Bürgerbegehren	BE unecht gescheitert	2003
48	Holzminden	Gegen Privatisierung der Stadtwerke (2)	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	Offen	2007
49	Kronach	gegen Privatisierung der Frankenwaldklinik	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	BE nicht im Sinne des Begehrens	2004
50	Ansbach	„Für Privatisierung der Stadtwerke“ Ja zur Zukunft der Stadtwerke Ansbach durch Partnerschaft	2. c (genauer:) Ratsreferendum: Gegenvorschlag zu Bürgerbegehren	BE in Stichentscheid gescheitert	1999
51	Marienberg	Privatisierung Krankenhaus und Sozialbetriebe	2. Ratsreferendum	BB nicht eingereicht	2004
52	Holzminden	Gegen Privatisierung der Stadtwerke (1)	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	BE im Sinne des Begehrens	2005
53	Siegen-Wittgenstein	Gegen Privatisierung Verkehrsbetriebe Westfalen-Süd (VWS)	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	BE unecht gescheitert	2003
54	Krefeld	Gegen Privatisierung des Klinikums	1. a (genauer:) Initiativbegehren	Unzulässig	2007
55	Köln	Gegen Verkauf Wohnungsbau-gesellschaften	1. Bürgerbegehren	Unzulässig	2001
56	Berlin Friedrichshain-Kreuzberg	Verhinderung des Verkaufs des Künstlerhauses Bethanien.	1. b (genauer:) Korrekturbegehren	Kompromiss	2006

## Autorinnen und Autoren

**Katrin Kunert** ist kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag.

**Klaus-Rainer Rupp** ist seit Mai 2007 Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE. in der Bremischen Bürgerschaft

**Peter Erlanson** ist Betriebsrat im Klinikum Links der Weser und seit Mai 2007 Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. in der Bremischen Bürgerschaft.

**Rolf Prigge** arbeitet am Institut für Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen, Forschungseinheit „Strukturwandel von Stadt, Region und öffentlichem Sektor“

**Robert Kösling**, Urbane Infrastruktur Berlin, ist Politikwissenschaftler und Kommunalberater.

**Claus-Peter Matetzki** ist Mitbegründer der Interessengemeinschaft Wohnungsbau Pinneberg und Mitinitiator des ersten Bürgerbegehrens im Landkreis Pinneberg.

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128  
E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)  
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)**



